Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 565 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512

Abend-Ausgabe
Donnerstag, 13. November

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Clemenceau sagte in Metz bei einer politischen Aussprache u. a., daß Deutschland vielleicht überhaupt nicht für die republikanische Staatsform geeignet sei.

* Die antifranzösische Stimmung im Elsaß nimmt zu. In Markirch, Schlettstadt und anderen Orten kam es zu Kundgebungen gegen die Franzosen.

* Infolge des Tiefstandes der Valuta ist von Frankreich in Aussicht genommen, für das Saargebiet eine eigene Währung einzuführen.

* Nach einer Meldung aus Paris ist André Tardieu zum Minister ernannt worden. Er tritt an die Stelle von Lébrun.

* Im Mannheimer Hafengebiet versuchten gestern etwa 100 Personen die Kohlenvorräte zu plündern.

* Der amerikanische Kohlenarbeiterstreik ist beendet.

Der begeisterte Empfang Hindenburgs

Riesenkundgebungen für den Generalfeldmarschall in Berlin

Am Mittwoch ist Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der bekanntlich vor dem Untersuchungsausschuß gehört werden soll, am Bahnhof Zoologischer Garten im Sonderzug aus Hannover in Berlin eingetroffen. Dem Generalfeldmarschall wurden, wie bereits berichtet, bei seiner Ankunft von einer großen Menschenmenge begeisterte Begrüßungen dargebracht. Darüber wird gemeldet:

Um 8 Uhr morgens zog am Bahnhof Zoologischer Garten die vom Regiment Reinhard (Reichswehrbrigade 29) gestellte Ehrenkompagnie auf, die den Generalfeldmarschall empfangen sollte. Der Fernbahnhof selbst war für den privaten Verkehr abgesperrt worden. Da Personenzüge nicht verkehrten, war dem Feldmarschall vom Untersuchungsausschuß ein Extrazug gestellt worden, der auf die Minute, pünktlich um 8.57 Uhr, in der Halle einlief. Auf dem Bahnsteig hatten sich General Ludendorff, im Pelz und Zylinder, Staatssekretär a. D. Helfferich, Oberst Reinhardt, einige Herren des Reichswehrministeriums sowie zahlreiche Offiziere der ehemaligen Obersten Heeresleitung versammelt.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der sich kaum merklich verändert hat und der angesichts des Empfanges sichtlich erfreut war, entstieg im Pelz und weichen Hut dem Zuge. Ihm folgte sein Sohn, Hauptmann v. Hindenburg, ebenfalls in Zivil und sein früherer IA Chef bei der Obersten Heeresleitung in Kolberg, Hauptmann v. Stülpnagel. Exzellenz Hindenburg begrüßte zunächst General Ludendorff, den er auf beide Wangen küßte, und dann die anderen anwesenden Herren. Das Publikum, das auf dem Vorortbahnsteig sich angesammelt hatte, begrüßte Hindenburg mit stürmischen Hoch- und Hurrarufen. Ein junges Mädchen, das dem Feldmarschall ihre besondere Verehrung zeigen wollte, durchbrach die Sperrkette und überreichte ihm einen Strauß frischer Blumen.

Begleitet von General Ludendorff und den anderen Herren, schritt der Feldmarschall dann an den präsentierenden Posten die Bahnhofstreppe hinab. In dem Augenblick, als er die Straße betrat, wurden ihm gewaltige Kundgebungen von den nach Tausenden zählenden, draußen harrenden Menschen entgegengebracht.

Der Feldmarschall war über den ihm dargebrachten Empfang offensichtlich überrascht. Nach allen Seiten grüßend, versuchte er, sich einen Weg durch die Menge zu bahnen, um die Front der aufgestellten Ehrenkompagnie abzuschreiten. Längere Zeit hindurch war es ihm jedoch unmöglich, vorwärts zu kommen. Die Menge brachte immer wieder Hochrufe auf Hindenburg und Ludendorff aus. Dann stimmten zahlreiche Personen das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ an, in das schließlich der größte Teil der Anwesenden einfiel. Neben den Hochrufen auf Hindenburg hörte man wiederholt Rufe wie „Nieder mit dem Untersuchungsausschuß!“

Auch sonst wurden recht kräftige Aeußerungen auf andere Persönlichkeiten laut. Schließlich vermochte Feldmarschall v. Hindenburg die Front der präsentierenden Ehrenkompagnie abzuschreiten und erwartete dann an der Ecke der Hardenbergstraße den Vorbeimarsch der Truppen. Nachdem dieser erfolgt brach die Menge abermals in Huldigungen für Hindenburg aus, und minutenlang war es dem Feldmarschall unmöglich, zu seinem am Bahnhof aufgestellten Automobil zu gelangen. Auch nachdem Hindenburg in dem Kraftwagen Platz genommen hatte, gab die Menge den Weg noch nicht frei. Erst nach längerer Zeit gelang es den Beamten der Sicherheitspolizei, Raum für die Kraftwagen zu schaffen. Der Feldmarschall begab sich mit seinem Sohne u. Hauptmann v. Stülpnagel in ein Hotel.

*

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Feldmarschall Hindenburg hat sich nach seiner Ankunft in Berlin einem ihm sehr nahestehenden Freunde gegenüber ausgesprochen: Der Berliner Vertreter der „Münchner Augsburger Abendzeitung“ hat von diesem Freunde Hindenburgs aus der Unterredung folgendes erfahren:

Vor meiner Befragung im Untersuchungsausschuß möchte ich mich nicht über die Zweckmäßigkeit der Untersuchungskommission, über die Wirkung im Ausland und über juristische Bedenken äußern, da sonst ein ähnlicher Fehler gemacht werden möchte, wie seinerzeit bei der Ludendorff-Hetze. Ich werde ruhig abwarten, was sich ereignen wird. Wie diese Hetze gegen Ludendorff überhaupt entstehen konnte, da fragen Sie mich zu viel. Die Hetze gegen einen Mann wie Ludendorff, der seiner ungewöhnliche Begabung, seine ganze Arbeitskraft in den Dienst unserer Kriegführung gestellt hat und Ungewöhnliches für unser Volk und Vaterland geleistet hat, verstehe ich nicht. Ich verstehe die Verurteilung Ludendorffs schon deshalb nicht, weil nicht er, sondern ich und ich allein die ganze Verantwortung für alle militärischen Entscheidungen trug. Die politische Verantwortung tragen wir nicht. Wenn ich den ganzen Feldzug noch einmal im Geiste an mir vorüberziehen lasse, so kann ich nur sagen, daß nicht eine einzige Entscheidung unter gleicher Voraussetzung, in der gleichen Lage, in der wir uns damals befanden, anders von mir gefällt würde, als ich es seinerzeit getan habe. Ein Hauptelement des Krieges, die Ungewißheit, darf man nicht übersehen. Gäbe es diese Ungewißheit nicht, dann gäbe es auch keinen Krieg, dann könnten wir mathematisch ausrechnen, wer siegen muß. Gewiß, der Krieg war schwer. Zu zeigen, wie wir zu dieser Sorte von Frieden kamen, das wird die Geschichte einwandfrei tun. Ich bin kein Prophet. Deshalb kann ich Ihre Frage nach der Zukunft Deutschlands auch nicht beantworten. Ich werde auch nicht mehr so lange leben, um sie sehen zu können. Das aber glaube ich, daß Deutschland wieder emporkommen wird. Ein Volk von so großer Vergangenheit muß eine erträgliche Zukunft haben. Ein Volk, das so Ungeheures geleistet hat, kann nicht untergehen. Wenn erst Arbeit und Ordnung, wenn erst nationales Empfinden wiederkehrt, werden wir uns von der Katastrophe erholen.

Deutschland als Republik unmöglich

Eine Ansicht Clemenceaus.

(Von unserem **-Sonderberichterstatter.)

Metz, 13. November.

Clemenceau führte den Stadtbehörden gegenüber folgendes aus: Politische Verhandlungen wird Frankreich für die nächsten Jahre ablehnen müssen. Die deutsche Republik hat bisher keinen Beweis dafür erbracht, daß sie aufrichtiger geworden wäre als die Regierung Wilhelms II. Nicht die Staatsform mache das Glück des Volkes aus, sondern der Geist, der die Staatsform durchdringe. Vielleicht sei Deutschland für die republikanische Staatsform überhaupt nicht geeignet.

Wenn Clemenceau das schon einsieht, dann wird sich auch die Welt nicht lange mehr dagegen verschließen können. Uns in Deutschland, sagt er ja damit nichts neues, wir haben es schon längst am eigenen Leibe erfahren, daß der Deutsche nicht zum Republikaner taugt.

Das Elsaß gegen Frankreich

(Von unserem **-Sonderberichterstatter.)

Offenburg, 13. November.

In den letzten Wochen sind abermals zahlreiche deutsche Flüchtlinge hier eingetroffen. Ihre Aussagen lauten übereinstimmend dahin, daß die Stimmung unter der elsässischen Bevölkerung gegen die Franzosen sich täglich verschlechtert. Die Franzosen hätten sich durch ihr arrogantes Auftreten sämtliche Sympathien der Elsässer verscherzt. Besonders die Alt-Elsässer, die vorher die Franzosen herbeigewünscht haben, verwünschen sie jetzt. In Straßburger und Metzer Behörden sind in den letzten Tagen zahlreiche französische Beamte durch Elsässer ersetzt worden.

Straßburg, 13. November.

In Markirch kam es in den letzten Tagen zu antifranzösischen Kundgebungen. Personen, die auf der Straße französisch sprachen, wurden verprügelt. An den Straßenecken wurden Plakate mit der Aufschrift: „Hoch das neutrale Elsaß-Lothringen!“ angeklebt. Auch aus Schlettstadt und anderen Vogesenstädten wird gemeldet, daß die elsässische Bevölkerung eine offen feindselige Haltung gegenüber den Franzosen einnimmt.

Für die Freiheit der Presse

Berlin, 12. November.

Im Verein Berliner Presse wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Preßfreiheit ist in den letzten Tagen und Wochen wiederholt durch verschiedene Verbote von Berliner Zeitungen verletzt worden. Der Verein Berliner Presse legt gegen diese Vergewaltigung der freien Meinungsäußerung die schärfste Verwahrung ein und erklärt, daß, so lange auf diese Kampfmittel nicht verzichtet werde, von einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Presse nicht die Rede sein kann.

Deutschland und Spanien

Dem Madrider Vertreter der „Düsseldorfer Nachrichten“ gewährte ein dem spanischen Minister des Auswärtigen sehr nahestehender hoher Beamter eine Unterredung, in der er sich über die Beziehungen Spaniens zu Deutschland und namentlich über die künftige Gestaltung der Handelsverhältnisse äußerte. Der spanische Diplomat sagte u. a.: Was Spanien Deutschlands Handel und Industrie verdankte, habe er gerade im Kriege schätzen gelernt, als es eine Menge spezieller Artikel, die Deutschland erzeuge, entbehren mußte. Die spanische Handels- und Industriewelt freue sich auf eine Wiederaufnahme des Warenaustausches. Spanien sei in der Lage, den deutschen Bedürfnissen in Rohmaterial in umfangreicher Weise entgegenzukommen. Die Neubesetzung der spanischen Botschaft in Berlin sei bereits im Ministerium besprochen worden.

Die Scheu vor den Neuwahlen

Als „Konstituante“ sollte die am 19. Januar gewählte Nationalversammlung angesehen werden, als „verfassunggebende“. Ihre Aufgabe war es, dem auf republikanischer Grundlage neu aufzubauenden Deutschen Reiche die neue Verfassung auszuarbeiten. Dieses Werk ist vollendet seit dem August, als Präsident Ebert sie beschwor. Man glaubte, nun würde bald die Auflösung erfolgen, man sprach von Neuwahlen im Oktober. Aber weit gefehlt. Die Regierung, das heißt die herrschenden Parteien, berufen sich darauf, daß dieser verfassunggebenden Nationalversammlung auch noch die Erledigung anderer dringender Gesetze aufgetragen sei, besonders die dringend notwendige Ordnung des Finanzwesens. Dank Erzbergers derbem Zugreifen ist nun auch diese Frage bald erledigt — das Wie braucht uns hier nicht zu bekümmern—, und damit wären die Hindernisse für die Neuwahl beseitigt. Aber schon türmt sich ein neues auf: der famose Untersuchungsausschuß, der die gesamte Kriegführung durch Vernehmung zahlloser Zeugen prüfen soll, um den Nachweis verbrecherischen Leichtsinns und dreisten Volksbetrugs zu führen. So will die siegreiche Revolution gewissermaßen aktenmäßig den Beweis beibringen, daß sie kommen mußte angesichts solcher verrotteter Verhältnisse. Nun hören wir, daß dieser Ausschuß erst seine Arbeit vollendet haben müsse, ehe an Neuwahlen zu denken sei. Man erwartet von seinen Ergebnissen also eine Wahlparole im Sinne der Parteien, die sich im Juli 1917 zu der berüchtigten Friedensresolution zusammenfanden, die unter der Kanzlerschaft des Prinzen Max von Baden die Grundfesten Preußen-Deutschlands erschütterten. Nach der Revolution und einem kurzen Zwischenspiel rein sozialdemokratischer Herrlichkeit fanden sich ja nach den Wahlen die drei Parteien wieder zusammen, die Mehrheitssozialdemokratie mit der ihr bewundernd folgenden Demokratie und das Zentrum, das sich unter dem Namen Christliche Volkspartei als Hort gegen rote und schwarz-rot-goldene Demokratie auch evangelischen Wählern empfohlen hatte, um dann das nationale Mäntelchen schnell wieder abzuwerfen. Sie haben sich jetzt häuslich eingerichtet, wenn auch der sozialdemokratische Drang zur Futterkrippe den andern beiden nicht recht gefallen kann. Sie finden den Zustand ganz behaglich. Weshalb ihn also durch Neuwahlen gefährden? Nur mit großem Unbehagen können sie an den Tag denken, wo sie sich wieder an die Wähler wenden müssen. Am sichersten kann sich immer noch das Zentrum fühlen, aber auch dort wird man sich die einzelnen Vertreter vornehmen. Daß der große Mann, nach dem man einst unsere Zeit hohnvoll bezeichnen wird, daß Erzberger in der eigenen Partei viele Feinde hat, ist bekannt. Aber ihrer Wähler ist die Partei im allgemeinen sicher. Ganz anders liegt die Sache bei Demokraten und Mehrheitssozialisten. Bei den Demokraten ist der Massenabfall der Wähler, den die Parteikorrespondenz ängstlich verschweigt, dennoch offenkundig. Bald da, bald dort, in Köln, in Frankfurt a. O., in Nürnberg hören wir vom Abfall sei es angesehener Parteiführer, sei es ganzer Organisationen. Die Politik der Partei, die im Sinne des „Berliner Tageblatts“ und ähnlicher Organe den Feind nur rechts sehen will, rafft sich im Gegensatz dazu nur mit Widerstreben zum Einspruch gegen die sozialdemokratische Zwangsherrschaft auf. Aber auch die Mehrheitssozialisten wissen, daß ein sehr großer Teil ihrer Abgeordneten nicht wiederkehren wird. Es ist unleugbar, daß die sozialdemokratischen Forderungen alten Schlages viel wirksamer von den Unabhängigen vertreten werden. Hinter ihnen aber werden immer stärker die Kommunisten, die Freunde der Bolschewisten und der Diktatur des Proletariats. Diese kommunistische Gefahr wird aber bis in weite Kreise der Arbeiterschaft selbst in ihrer ganzen Größe erkannt, und sie erkennen nicht minder, daß die Partei, auf die sie so lange Jahre geschworen hatten, keinen Schutz vor ihr bietet. So bereitet selbst hier sich der Abfall der Wähler nach rechts vor.

Das sind trübe Zeichen für die Zukunft dieser beiden Parteien. Mehrheitssozialisten und Demokraten wissen, daß sie nicht mehr die Wählermassen wie im Januar hinter sich haben. Sie sind darum entschlossen, so lange wie möglich ihre Macht zu behaupten. Dem gegenüber muß mit aller Schärfe immer wieder betont werden, daß das Mandat der Nationalversammlung tatsächlich erloschen ist und daß nur die Nabulistik gerissener Advokaten imstande ist, immer neue Gründe für ihren Fortbestand zu liefern. Kaum ist die Verfassung gegeben, so sucht man schon, um den tatsächlichen Verfassungsbruch zu bemänteln, sie zu umgehen im Bewußtsein der eigenen Schwäche, der Erbitterung der Wähler angesichts der Verheißungen der Revolution, deren Erfüllung sich immer mehr als aussichtslos herausstellt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911132-16/fragment/page=0001

Die „Würde" des Revolutionsfeiertages

Die unabhängige „Leipziger Volkszeitung" ist mit dem sächsischen Minister des Innern, dem Mehrheitssozialisten Uhlig, sehr unzufrieden, weil er die Würde des Revolutionsfeiertages nicht hinreichend gewahrt habe. Der unabhängige Obergenosse Lipinski hatte nämlich schon im September bei der Regierung angeregt, „zur würdigen Feier des 9. Novembers das Tanzverbot für diesen Tag in Sachsen anzuordnen". Obwohl das eine Maßregel ist, die gewißlich unter dem alten System die Sozialdemokraten als höchst rückständig und unfreundlich gegen das Volk bekämpft haben würden, erklärt dazu die „Leipziger Volkszeitung": „Daß mit einem solchen Verbot die Würde des Tages gehoben worden wäre, bedarf keines Wortes". Genosse Uhlig jedoch „denkt über diese Würde anders", das heißt, er weiß schon, wie man sich als Minister in solchen Fragen zwischen die Stühle setzen kann. Er hat deshalb nach langem Nachdenken unmittelbar vor Toresschluß den „eiligen" Bescheid erteilt, daß das Ministerium Bedenken getragen habe, für den 9. November ein Tanzverbot zu erlassen, weil dieser Tag gerade in vielen Bezirken „der regelmäßige Tanztag" sei. „Den tanzberechtigten Wirten", so doziert Genosse Uhlig, „steht deshalb an diesem Tage ein rechtlicher Anspruch auf die Abhaltung von Tanzmusiken zu; ein Tanzverbot könnte deshalb mit rechtlicher Wirkung nicht erlassen werden". Obergenosse Uhlig hat aber noch einen weiteren, besonders hübschen Grund für seine Stellungnahme: „Außerdem erscheint es dem Ministerium nicht unbedenklich, den Revolutionsfeiertag, der in künftigen besseren Zeiten ein Tag der Freude sein wird (?), durch ein solches Tanzverbot mit dem Charakter eines Trauertages zu umkleiden." Aber selbst mit dieser wohlgesetzten Begründung ist die „Leipziger Volkszeitung" nicht zufrieden; sie bemerkt dazu boshaft: „Zu diesem Entscheid brauchte das Ministerium fast zwei Monate; er ist auch danach." — Jedenfalls wird man nun annehmen, daß das Leipziger Genossenblatt seinerseits die Würde des Revolutionstages zu wahren gewußt hat. Oder nicht? Man durchfliege den Anzeigenteil derselben Nummer der „Leipziger Volkszeitung". Da liest man in fast endloser Folge: Großer Elite-Fest-Ball, Großer Elite-Ball, Walzer- und Operetten-Abend, Großer Ball, Riesen-Varieté-Programm, Sensationeller Wettkampf, Ringkampf-Konkurrenz, Das hervorragende Varieté-Programm, Der große humoristische Varieté-Spielplan, Originelles Ballfest, Urfidele Tirolerhochzeit, Die berühmte Diele, Die glänzenden Ballfeste, Es lebe das Leben, Betrieb ohne Konkurrenz, Großer Kirmeß-Ball, Das stilvolle Ballfest usw. usw. Daß diese Ankündigungen einen so breiten Raum in einem Sozialdemokratenblatte und in jetziger so trüber Zeit einnehmen, ist ja bezeichnend. Sehr merkwürdig aber müssen sie in derselben Nummer berühren, in der sich dies Blatt darüber aufhält, daß die „Würde" des Revolutionsfeiertages nicht durch ein Tanzverbot gehoben worden ist!

Die Revolutionsfeier in Wien

Wien, 12. November.

In einfacher Weise wurde der erste Gedenktag der Proklamierung der Republik begangen. In allen Bezirken fanden Festversammlungen statt, wobei u. a. mehrere Staatssekretäre Ansprachen hielten. Den Mittelpunkt der Feierlichkeiten bildete die Festversammlung im Rathause, an der auch der Präsident der Nationalversammlung, Mitglieder der Regierung und der Rektor der Universität erschienen waren.

Westungarn lehnt den Anschluß an Deutsch-Oesterreich ab

Aus Wien wird der „Dena" gedrahtet: Die Stimmung der Bevölkerung der durch den Friedensvertrag von St. Germain Oesterreich zugesprochenen westungarischen Gebiete scheint neuerdings stark zu Ungunsten des Anschlusses an Deutsch-Oesterreich umzuschlagen. So faßte auf seiner letzten Sitzung der Ständeausschuß des Oedenburger Komitates den Beschluß, der nächsten Vollversammlung einen Antrag dahingehend zu unterbreiten, daß das Komitat Oedenburg auf Grund der allgemeinen Volksstimmung gegen den Anschluß an Oesterreich Protest erheben solle. Eine in diesem Sinne abgefaßte Denkschrift soll an die ungarische Regierung und an die in Budapest befindlichen Ententemissionen übersandt werden. Als wesentlicher Grundgedanke dieser Denkschrift soll vor den alliierten Vertretern klar zum Ausdruck gebracht werden, daß die westungarische Bevölkerung heute keinerlei Veranlassung mehr habe, den Anschluß an Deutsch-Oesterreich zu vollziehen, dessen Regierung zur Zeit der kommunistischen Räteherrschaft zur Rettung Westungarns nicht das geringste getan habe und sich dieses deutsche Gebiet erst einverleiben wolle, seit in Ungarn eine antisozialistische Regierung am Ruder sei. Die deutschen Bauern Westungarns dächten nicht daran, sich zum Spielball sozialistischer Parteimanöver der Wiener Regierung herzugeben.

Zur Heimkehr Mackensens

Versailles, 12. November.

„Intransigeant" protestiert in seiner heutigen Nummer in recht scharfer Weise gegen die Art, wie die Franzosen Mackensen behandelt haben. Das Blatt nennt Mackensen einen General von sehr großem Wert, keine Grausamkeit sei ihm vorzuwerfen. Um so erstaunlicher findet es der „Intransigeant", daß man einen 70 Jahre alten Mann mit 50 Negern in einem Gebäude hausen lasse, das Luftschiffern als Unterkunft gedient habe. Was würden wir sagen, wenn einem französischen General eine ebenso unwürdige Behandlung zuteil würde? Man dürfe nicht unnötigerweise das deutsche Volk provozieren.

Der Beschluß des Fünferrats bezüglich Mackensens ist offenbar unter dem Eindrucke eines scharfen Protestes erfolgt, den Freiherr von Lersner gestern an den Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta gerichtet hat.

Die Verkehrsnot

(Von unserem hl-Sonderberichterstatter.)

Köln, 13. November.

Die „Kölnische Volkszeitung" will von zuverlässiger Seite erfahren haben, daß auf Antrag des Reichsverkehrsministeriums eine Verlängerung der Personenverkehrssperre erwogen worden ist. Wie der Eisenbahnminister Oeser heute in Berlin erklärte, sei er augenblicklich noch nicht in der Lage, sich über diese Frage zu äußern, ob eine Verlängerung der Verkehrssperre zur Durchführung gelangen wird oder nicht. Beschlüsse sind jedenfalls noch nicht gefaßt. Es hat gestern, so erklärte er, eine Beratung im Ministerium für öffentliche Arbeiten über die Angelegenheit stattgefunden. Es ist aber bemerkenswert, daß Oeser die Möglichkeit einer Verlängerung der Verkehrssperre bei dieser Mitteilung nicht in Abrede gestellt hat.

Neue Unruhen in Mannheim

(Von unserem **-Sonderberichterstatter.)

Mannheim, 13. November.

Gestern abend wurden im Hafengebiet von Mannheim Plünderungen versucht. Mehrere hundert zweifelhafte Elemente, Männer und Frauen, welche mit Säcken, Körben und Wagen ausgestattet waren, versuchten in das Hafengebiet einzudringen und die dort lagernden Kohlenvorräte an sich zu nehmen. Die Sicherheitspolizei, die herangekommen war, wurde von den Plünderern angefallen, sodaß sie von der Waffe Gebrauch machen mußte. Trotzdem gelang es ihr, 20 Personen zu verhaften. Der andere Teil entkam.

Anti-Dorten-Bewegung

Berlin, 13. November.

Die Unterschriftensammlung für die rheinische Republik, die von dem Dorten-Konsortium veranstaltet wurde, hat, wie verschiedene Blätter berichten, eine Gegenbewegung auf den Plan gerufen. Im Kreise Wiesbaden waren in kurzer Zeit einige Hunderttausend Stimmen für nachstehende Erklärung aufgebracht:

Wir sprechen uns gegen die Gründung einer rheinischen Republik aus. Wir verlangen unter allen Umständen die Aufrechterhaltung der Sperrfrist gemäß der Verfassung des neuen Deutschen Reiches.

Straßenkämpfe in Irland

Amsterdam, 12. November.

„Daily Chronicle" meldet aus Cork, daß es dort zwischen Soldaten und Bürgern zu Straßenkämpfen gekommen ist, die drei Stunden dauerten und bei denen zahlreiche Personen verwundet wurden. Vierzig Verwundete wurden in die Spitäler eingeliefert.

*

Rückzug Koltschaks

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Kopenhagen, 13. November.

Wie „Politiken" meldet, befindet sich Koltschaks Heer auf dem größten Teil der Front in schleunigem Rückzug. Die englische Militärkommission hat Koltschaks Heer verlassen. Die wichtigste Nachricht von der Nordwestfront ist, daß Estland beschlossen haben soll, seine Grenzen zum Zurückweichen gegen Judenitsch zu schließen.

Die deutsche Regierung will energisch werden

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, will die deutsche Regierung in ihrer Antwort auf die letzte Drohnote der Entente eine energische Form finden und darauf hinweisen, daß immer neue Forderungen der Entente, die durch keine Verträge begründet sind, eine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands unmöglich machen und diese Forderungen verhindern, der Erfüllung der alten übernommenen Forderungen nachzukommen. Auch die Entente habe ein dringendes Interesse an der Wiederherstellung geordneter Zustände in Deutschland. Die neuen Marineforderungen der Entente machen uns zur See völlig wehrlos, diese Forderungen sollen abgelehnt werden. — Ferner verlautet, die deutsche Regierung wolle Frankreich auffordern, mit der Heimsendung der deutschen Gefangenen zu beginnen, da Frankreich versprochen habe, nach der Ratifizierung die Gefangenen freizugeben.

Liquidation der preußischen Steuerbehörden

Der Landesversammlung ist ein Entwurf zugegangen, der die Bestimmung enthält, daß die preußischen Steuerveranlagungs- und Verwaltungsbehörden, auf die neuen Finanzämter und Finanzgerichte übergehen sowie diese errichtet sind. Die Geschäfte der Veranlagungskommissionen übernehmen die Finanzämter, die Geschäfte der Berufungskommissionen die Finanzgerichte. Die preußischen Beamten werden vom Reiche übernommen. Uebertragen werden dem Reiche zunächst Einkommen- und Ergänzungssteuern. Die übrigen preußischen direkten Steuern werden später durch Gesetze neu geregelt, desgleichen die preußische Stempelsteuer.

Freiherr Konrad v. Wangenheim, welcher als Vorsitzender vom Bunde der Landwirte immer von neuem eine allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkt, wurde geboren zu Neu-Lobitz am 19. September 1849 als Sohn des Freiherrn Karl auf Jahnwerder, Klein-Spiegel, Wedelsdorf und Klein-Lobitz und der Henriette Lobedan aus Kottbus. Er studierte zu Bonn 1868 bis 1870 Rechtswissenschaft, nahm am Feldzug 1870 gegen Frankreich teil und übernahm 1875 das Gut Klein-Spiegel. Er verheiratete sich zu Zuckow am 28. September 1875 mit Hedwig v. Klitzing, geboren zu Groß-Drewitz am 5. Dezember 1854, ältesten Tochter des Kurt v. Klitzing und Wally Wahnschaffe. Seiner Ehe sind vier Töchter und zwei Söhne entsprossen. — Das Geschlecht gehört dem thüringischen Uradel an. Seine Hauptgüter liegen auch im Gothaischen, zum Beispiel gehörten Wangenheim schon 1132 und Winterstein schon 1359 zu seinem Besitz (bis auf die Gegenwart). Mehrfach sind Anerkennungen und Bestätigungen des Freiherrnstandes erfolgt. Der Kurhannöversche Obermarschall Georg v. Wangenheim wurde 1840 in den preußischen Grafenstand erhoben, starb aber am 21. Oktober 1851 ohne Nachkommen. — Wappen: gespalten; vorn: in Silber ein aufgerichtetes rotes Windspiel. Hinten: in Gold 6 schwarze Querstreifen. Gg. S.

Einwohnerwehr und Staatsexamen. Der Senat der Universität Tübingen hat beschlossen, der Studentenschaft mitzuteilen, daß er von jedem dienstfähigen Studenten den Beitritt zur Einwohnerwehr erwarte und deshalb für die künftige Meldung zum Staatsexamen die Angabe der Teilnahme an der Einwohnerwehr vorschreibe.

— Was unter der „neuen Ordnung" nötig wird. Früher behaupteten die Sozialdemokraten stets, die Kriminalität habe ihren Grund nur in der „korrupten" bürgerlichen Gesellschaft. Sobald der Sozialismus ans Ruder komme, werde sich das merklich bessern. Denn „im reinen Aether des Kollektivgefühls" werde niemand mehr den Anlaß zu Unrecht gegen den Mitmenschen, zu Verbrechen haben. Man müßte also annehmen, daß bei dem Revolutionsjubiläum schon wenigstens auf die ersten Ansätze zur Besserung der Menschen, wenn auch noch nicht gerade auf eine beginnende Engelhaftigkeit hätte hingewiesen werden können. Statt dessen bringt eine Nachrichtenstelle die Meldung, die Regierung habe, da die Kriminalität in Deutschland ständig im Steigen begriffen ist, den Plan eines besonders wichtigen Gesetzes zur Errichtung eines Kriminalpolizeiamtes und einer Landes-Kriminalpolizeibehörde ins Auge gefaßt. Bei dieser Gelegenheit kann dann ja auch gleich die Frage der Einführung der Prügelstrafe erörtert werden, die Scheidemann in seiner Jubiläumsrede als dringend notwendig bezeichnet hat.

Der Novemberschnee. Die Schneedecke in Berlin hat nach den Messungen des Berliner Wetterbüros bereits die Höhe von 21 Zentimetern erreicht. Die Temperatur ist gegenüber den letzten Tagen etwas gestiegen. Die Schneefälle sind jetzt über das ganze Reich verbreitet. Während noch vor kurzem im Süden Deutschlands eine auffallend warme Witterung vorherrschte, verzeichnete man in Norddeutschland außerordentlich strengen Frost. Nun hat in Nord- und Mitteldeutschland der strenge Frost nachgelassen, hingegen ist die Temperatur im Süden etwas gesunken. Nach der Wetterlage dürften in der nächsten Zeit die Schneefälle etwas nachlassen. Eine stärkere Erwärmung ist aber noch nicht zu erwarten.

Pintheville

(Zum Gedächtnis an die Heldentaten preußischer und sachsen-altenburgischer Landwehr vor fünf Jahren am 12. November.)

Nach amtlichen und privaten Berichten von Ernst Reich, Lt. d. Res. a. D.

(Fortsetzung.)

Major Rehm, der in dritter Staffel hinter dem rechten Flügel mit der 6. (Leutnant Bodin), 7. (Hauptmann Kunik) und 12. (Oberleutnant Krech) Kompagnie vorgehen sollte, hatte auch von Harville aus den Vormarsch angetreten. 300 Meter hinter dem Bataillon Oesterreich folgten rechts die 7. und links die 12. Kompagnie. Die 6., bis dahin als Bereitschaft in Marchéville liegende, Kompagnie schloß sich erst später bei Pareid an an und wurde auf dem rechten Flügel eingesetzt.

Mittlerweile war das ganze 1. Bataillon in die vorderste Linie mit eingesetzt worden, und es erwies sich alsbald noch mehr Verstärkung als notwendig.

Die am Ostrand von Pareid haltenden Reservebataillone standen dem Regimentskommandeur Oberstleutnant von Warburg noch nicht zur Verfügung. Infolgedessen mußte dieser gegen 4 Uhr seiner eigenen letzten Reserve, der dritten Staffel unter Major Rehm, den Befehl geben, in die Schützengräben am rechten Flügel einzuschwärmen, indem er gleichzeitig um Unterstützung bei der Division vorstellig wurde.

Major Rehm befahl der 6. Kompagnie unter Leutnant Bodin und der 7. Kompagnie unter Hauptmann Kunik, die erste Linie zu verstärken, während gleichzeitig die 12. Kompagnie dahinter als Reserve im stärksten Artilleriefeuer noch die beiden zur Verfügung stehenden Patronenwagen entleerte und den schwer kämpfenden Kameraden die erforderliche Munition vorbrachte.

4.45 Uhr wurde dem Regiment ein Bataillon (J.-R. 130) zur Verfügung gestellt, das aber infolge des schweren Artilleriefeuers nur entfaltet und unter Benutzung aller vorhandenen Deckungen langsam herankommen konnte und erst 5.30 Uhr in den Ausgangsstellungen eintraf, von wo aus es sofort mit 3 Kompagnien, ein wenig später auch mit der vierten Kompagnie, eingesetzt wurde.

Die tapferen Hallenser und Sachsen-Altenburger Landwehrleute waren indessen nicht untätig gewesen. Trotz heftigsten Gewehr-, M.-G.- und Artilleriefeuers waren sie gegen 5 Uhr bis auf 250 Meter an die feindlichen Stellungen herangekommen. Es schien fast, als böte das rasende Feuer des Gegners und vornehmlich das unangenehm störende Flankenfeuer von links aus Riaville und von rechts aus der Richtung Hennemont her, hier dem kühnen Angreifer Halt, als plötzlich gegen 5.30 Uhr von der 5. Kompagnie (Hauptmann Reichardt) ausgehend das Signal „Seitengewehr pflanzt auf!" ertönte und von den wackeren Landwehrhornisten pflichtgemäß weitergegeben wurde. Da gab es kein Halten mehr. Und war das feindliche Feuer noch so stark und waren die Verluste nicht gering, vorwärts ging es zum Sturm auf die französischen Stellungen. In wenigen Sprüngen war 5.45 Uhr die erste feindliche Linie erreicht. Mit Bajonett und Kolben wurde dort niedergemacht, was der Kugel des tapferen Wehrmanns entronnen war. Ihre Wut kannte keine Grenzen, zumal es bei der 6. Kompagnie ruchbar wurde, daß einige Franzosen, die sich tot gestellt, plötzlich von rückwärts auf die mutigen Angreifer geschossen hatten.

6 Uhr abends, kurz nachdem das Reservebataillon J.-R. 130 eingesetzt war, waren alle französischen Stellungen im Besitz des Landwehr-Infanterie-Regiments Nr. 36.

Trotzdem inzwischen die Dunkelheit hereingebrochen war, wurde der Angriff auf das Dorf Pintheville fortgesetzt.

Da aber tat sich den kühn vorwärts stürmenden Wehrleuten die leibhaftige Hölle auf. Hinter mit Busch- und Strauchwerk überdeckten, mit Schießscharten versehenen Gartenmauern, aus den Luken aller Häuser knatterten Gewehre und Maschinengewehre und sandten ihre Tod und Verderben bringenden Geschosse den mutigen, schneidigen Angreifern entgegen. Am Ostrand des Dorfes war ein Durchkommen unmöglich. Hinzu kam außer dem starken Artilleriefeuer das schier unerträglich gewordene beiderseitige Flankenfeuer. Wo es besonders Tapferen — und deren hat es viele gegeben — gelang, tiefer in das Dorf vorzustoßen, da traten noch Minenwerfer und Handgranaten in Tätigkeit.

In dieser unhaltbaren Lage und als er gegen 7 Uhr abends noch starke französische Schützenschwärme vom Bois-Communaux her im Anmarsch beobachtet hatte, gab der Führer der ersten Linie Oberstleutnant von Witzleben, der einen Erfolg des Unternehmens nunmehr für unmöglich hielt, und die schweren Opfer nicht mehr verantworten zu können glaubte, gegen 7.15 Uhr den Befehl zum Rückzug, der bald, trotz der starken Vermischung der Truppenverbände, in guter Ordnung und unter Mitnahme von 20 Gefangenen des 303. Regiments angetreten wurde.

Gegen 6.30 Uhr war dem Regimentskommandeur noch ein Bataillon L.-J.-R. 65 zur Verfügung gestellt worden. Es fand als letzte Reserve nur als Besatzung der Ausgangsstellung Verwendung.

Die Erkenntnis von der Unmöglichkeit, Pintheville zu erobern, veranlaßte dann den Kommandeur, gegen 8 Uhr den Befehl zum allgemeinen Rückzug zu geben.

Dieser war nicht leicht auszuführen. Wenn auch das feindliche Infanterie-Verfolgungsfeuer meist zu hoch lag, so bereitete die französische Artillerie doch den vom Kampfe erschöpften tüchtigen Landwehrmännern noch manchen schweren Verlust. Stunden vergingen, bevor das Regiment wieder zurück war. Und noch stundenlang hielten sich Teile der 36er Landwehr zäh kämpfend im Dorfe Pintheville. Der Rückzugsbefehl hatte sie nicht erreicht.

Gegen Mitternacht, als das rasende feindliche Feuer etwas abflaute, kehrten dann auch die letzten am Leben Gebliebenen in die Schützengräben zwischen Pareid-Maizeray und Marchéville zurück, um dort weiter treue Wacht zu halten!

Hauptmann Klose 4/L. 36 hat mir sein Tagebuch zur Verfügung gestellt. Hören wir, was er als Mitkämpfer zu berichten hat:

12. November 1914! Plötzlich kommt 12 Uhr der Befehl: Die Kompagnieführer zum Oberstleutnant Oesterreich.

„Meine Herren, Regiment 36 greift heute 1.30 Uhr Pintheville an, nimmt es und befestigt es nach Westen!"

Und nun die Kompagnie antreten lassen, und fort ging es zum Sturm auf Pintheville.

Was soll ich schreiben: Es war und bleibt furchtbar, entsetzlich! Der Angriff gelang, aber unsere Aufgabe, Pintheville zu nehmen, nicht, da wir abends zurückgezogen wurden! —

Ich will versuchen, einen Bericht zu schreiben:

Links von uns 2/36 (von der Mülbe), wir 4/36 Mitte, rechts von uns 3/36 (Wietbold) · 1/36 Reserve.

Wie auf dem Exerzierplatz gingen wir vor und entwickelten uns, nach einer Linksschwenkung zuerst in Kompagniekolonne. Dann, gegen 2.30 Uhr: dritter und zweiter Zug links heraus schwärmen, erster Zug als Unterstützung.

Ich mit dem Hornisten weit voraus. Und nun ging es sprungweise vor: 10—20 Meter, nieder, Stellung usw. usw. die fast 1800 Meter lange Strecke. Aber kaum haben wir uns ent-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911132-16/fragment/page=0002
DFG

Wahnwitzige Steuerprobleme

In Chemnitz hat der Reichswehrminister Noske ein Loblied über unsere Reichsfinanzen angestimmt und im Schluß daran erklärt:

„An politischen Rechten ist restlos alles erreicht worden, was wir erstrebten, aber mit politischen Rechten allein bringt man kein Brot auf den Tisch. Wir haben die Sozialisierung auf andere Weise eingeleitet. In diesem Winter werden dem Reichstage Gesetzesvorlagen zugehen, nach denen die großen Unternehmer mit 75 v. H. versteuert werden. Die Besitzer großer Unternehmungen werden tatsächlich damit zu besser bezahlten Angestellten ihrer Betriebe. Die völlige Sozialisierung kann erst erfolgen, wenn das deutsche Wirtschaftsleben wieder Blut und Leben in den Knochen hat . . .“

Herr Noske bestätigt durch diese Mitteilung unsere von dem Ministerpräsidenten Scheidemann in der Nationalversammlung zu Weimar mit Entrüstung zurückgewiesene Behauptung, daß die Revolution sich im Raub und Diebstahl auslebe. Eine Besteuerung der großen Unternehmer in Höhe von 75 v. H. läßt sehr tief in die haß- und neiderfüllten Sozi-Herzen blicken. Dabei läßt aber Noske noch Zweifel bestehen, ob Reichsnotopfer, Kapitalrentensteuer und andere Erdrosselungsmanöver restlos in die 75 v. H. einbezogen sind. Da er ausschließlich von großen Unternehmern und Besitzern großer Unternehmungen spricht, ist Zweifel berechtigt, ob nicht große Unternehmer zugunsten großer Kapitalbesitzer benachteiligt werden sollen. Was möglich erscheint in unserem neuen Staatswesen auch jeder Blödsinn. Wenn aber tatsächlich einesteils durch behördliche Vergewaltigung, andererseits durch das aller Vernunft hohnsprechende Betriebsrätegesetz die großen Unternehmer zu Angestellten herabgewürdigt werden sollen, so bleibt doch völlig unerfindlich, wie dermaleinst Blut und Leben in die Knochen des deutschen Wirtschaftslebens kommen soll. Wo mit roher Gewalt die Quellen des Nationaleinkommens verstopft werden, wo insbesondere die Unternehmungen brutal zerstört werden, da kann das Wirtschaftsleben nicht mehr pulsieren. Wenn die neuen Heilkünstler unserer Volkswirtschaft sich der Tragweite ihrer Handlungen bewußt wären müßten sie vor solchen wahnsinnigen Plänen, wie sie Noske in Chemnitz geäußert hat, zurückschrecken. Aber das ist ja gerade der Schrecken unserer Zeit, daß die niedrigsten Instinkte auch bei den maßgebenden Stellen rücksichtslos alle edleren Empfindungen und alle vaterländische Verantwortungspflicht überwuchern. Die Regierung scheint völlig verblendet zu sein, wenn sie noch immer das Sozialisierungsgespenst an die Wand malt, das notwendigerweise alle gedeihliche Tätigkeit ersticken muß.

Scheidemanns Bankerotterklärung der Revolution

Die sozialdemokratischen Feiern des Revolutionstages haben in Berlin und einem großen Teile Deutschlands bei einem Wetter stattgefunden, das man fast als Schneesturm bezeichnen möchte, das also mit der Vernichtung der Kartoffel- und Rübenernte die Hungersnot für den Winter in Aussicht stellt, die Hungersnot durch die Schuld der revolutionären Machthaber, die durch ihre unsinnige Wirtschaft die rechtzeitige Ernte verhindert haben. Selbst dem beschränktesten Großstadtsozialisten dämmert es jetzt, daß man mit dem Umsturz vom 9. November eine Riesentorheit begangen hat, die die Arbeiterfamilien an ihrem Leibe büßen werden. Die Stimmung in den Arbeitermassen war sonach auch keineswegs feiertagmäßig. Und selbst Scheidemann, der als einer der 34 mehrheitssozialistischen Versammlungsredner in Groß-Berlin auftrat, konnte auf keine „glorreichen Errungenschaften der Revolution“ hinweisen, so sehr er sich bemühte, mit einem großen Phrasenschwall über das Unangenehmste hinwegzukommen. Das, was er über die gegenwärtige Lage Deutschlands und des deutschen Volkes ein Jahr nach den Novemberereignissen eingestehen mußte, war nichts anderes als eine völlige Bankerotterklärung der Revolution. Zunächst mußte er zugeben, daß uns der Sturz des alten Systems auf wichtigen Gebieten sehr fühlbare Verschlechterungen gebracht hat: „Es ist falsch, wenn man heute alles, was vor dem 9. November lag, als schlecht und reformbedürftig bezeichnen wolle. Wir besaßen ein vorbildliches Post- und Eisenbahnwesen, wir hatten eine unbestechliche Beamtenschaft, wir hatten Arbeitsfreudigkeit im ganzen Volke.“

Und heute? fragte der Zuhörer. Wie viel von diesen idealen Gütern Deutschlands ist durch die Revolution verwüstet worden! Und was kann dem Volke dafür geboten werden? Das, worauf die sozialistischen Arbeiter gehofft, was ihnen die Trugbilder der Revolutionsmacher vorgespiegelt hatten, gewiß nicht. Denn Scheidemann muß weiter bekennen: „Man schimpft in Arbeiterkreisen über den Mißerfolg der Sozialisierung. Aber sollen wir denn hier Kindereien treiben in einem ruinierten Staat, sollen wir sozialisieren, wenn im Ausland die Mark einen Groschen gilt?“ Wiederum sehr richtig. Aber wer hat Deutschland so ruiniert, daß man unser einst gutes Geld nirgends mehr nimmt? Auch hier ist es die Revolution, die unser Wirtschaftsleben vernichtet hat.

Das Gesamtbild, das Scheidemann den Genossen jetzt am Jahrestage von der „großartigen Erhebung des Volkes“ im vorigen November geben muß, ist überhaupt mehr als niederschmetternd; es ist so jämmerlich, daß es einen Scheidemann zur Empfehlung der Prügelstrafe erregt. Er rief da folgendes in die Versammlung: „Die Vorgänge, die sich in den Wochen nach der Revolution abspielten, waren tief beschämend für den Tiefstand weiter Kreise des Volkes. Wir saßen in der Reichskanzlei auf einem Pulverfaß. Es war selbstverständlich, daß wir gegen Leute vorgingen, denen Fünfundzwanzig hinten drauf gehört hätten. Wir lagen in der Reichskanzlei mit Handgranaten unter dem Kopfkissen und deckten uns mit Maschinengewehren zu, denn es gab Leute, die das deutsche Volk dadurch glücklich machen zu können glaubten, daß sie uns auf der Straße niederknallten.“

Ueberrascht freilich wird von diesen Geständnissen Scheidemanns niemand sein. Denn die Lage der sogenannten Regierung war am Jahrestage der Revolution nicht viel anders als damals. Auch an diesem 9 November war die ganze Wilhelmstraße mit Stacheldrahtverhauen abgesperrt und „an allen Straßenecken Berlins waren Militärautos und Maschinengewehre aufgefahren“, wie Scheidemanns Antipode, der Unabhängige Ledebour, wenn auch stark übertreibend, schilderte. Wie dreist in der Reichshauptstadt die Elemente, die Scheidemann und die heutige Ebert-Bauer-Regierung niederknallen oder an die Laterne bringen möchten, ihr Haupt erheben, bewies ja überhaupt diese ganze Brandrede Ledebours. Er ging aus von der aufreizenden Behauptung, „Haase sei merkwürdigerweise vor dem Reichstage in dem Augenblicke ermordet worden, als er sich anschickte, eine Anklagerede gegen die Regierung zu halten.“ Das erfordert selbstverständlich Rache. Einen förmlichen Schwur ließ Ledebour die Versammlung leisten, sie mußte die Rechte erheben und schwören, „daß sie der Weltrevolution in Deutschland und überall jetzt zum Siege verhelfen wolle“. Die Versammlung erhob sich von den Plätzen und sprach Ledebour die Worte nach: „Ich schwöre es!“ Allerdings kennt Ledebour seine Pappenheimer. Er fügte deshalb vorsichtshalber unter dem Hinweis auf die allenthalben drohenden Militärautos und Maschinengewehre hinzu: „Wir wollen uns aber nicht vorschreiben lassen, wann wir uns totschlagen lassen. Wir wollen nicht nutzlos unser Blut vergießen, sondern es uns aufsparen bis zu dem Zeitpunkt, den wir für den richtigen halten.“ Damit konnte jeder zielbewußte Proletarier zufrieden nach Hause gehen „zu Muttern“ an den Mittagstisch. Denn heute geht es ja noch nicht los, nicht mit dem Blutvergießen und nicht mit der Hungersnot. Und weiter als bis übermorgen wagen die heutigen deutschen Sozialisten nicht mehr zu denken in ihrem, wie Scheidemann richtig urteilt, ruinierten Staate, ruiniert durch die Revolution, wie sich schon an ihrem ersten Jahrestage nicht mehr verhehlen läßt.

Anerkennung des Eisernen Kreuzes durch die Franzosen

Während im allgemeinen die Franzosen deutschen Kriegsehrenzeichen, vornehmlich dem Eisernen Kreuz, in Elsaß-Lothringen und im besetzten Gebiet ihre Mißachtung bezeugten, die so weit ging, daß sie im Elsaß den Inhabern Eiserner Kreuze den Vorschlag machten, diese gegen das französische Kriegskreuz einzutauschen, während sie ferner im besetzten Gebiet offen duldeten, daß mit Eisernen Kreuzen ein schwunghafter Handel als „Souvenirs“ betrieben wurde, bekundete kürzlich ein französischer General eine wesentlich davon abstechende Haltung, die zeigt, daß auch unter den Franzosen noch nicht ganz der Sinn für Ritterlichkeit und Anerkennung der Tapferkeit des Feindes erstorben ist.

Wie der „Dena“ aus Jülich mitgeteilt wird, ließ der französische Kommandant des Kreises Jülich folgende Bekanntmachung anschlagen:

„Die französische Armee ehrt alle, die sich auf den Schlachtfeldern tapfer geschlagen haben. Infolgedessen fordert der die 153 Brigade befehlende General die Einwohner der ihm unterstellten Kreise auf, die Orden, die sie im Laufe des letzten Krieges erhalten haben, besonders das Eiserne Kreuz, zu tragen. Sie können bei öffentlichen Feiern, wie Hochzeiten, Begräbnissen, nicht nur das Ordensband, sondern das ganze Abzeichen tragen. Die französischen Besatzungsbehörden sind davon in Kenntnis zu setzen.“

Provinz Sachsen

Zur Errichtung des Landesfinanzamts in Rudolstadt

Als im verflossenen Sommer der Reichspräsident der Landesregierung in Rudolstadt einen Besuch abstattete, ist eine Reihe thüringischer Fragen durchgesprochen; nach Thüringer Presseäußerungen „löste das tatkräftige Interesse des Reichspräsidenten für die Schaffung eines Großthüringen lebhafte Befriedigung aus“, in preußischen Zeitungen dagegen erklang der dringende Wunsch, daß die „lebhafte“ Befriedigung nicht etwa auf Kosten Preußens gehe. Daß dies unbehagliche Gefühl auf preußischer Seite doch nicht ganz unbegründet war, scheint die Errichtung des Landesfinanzamtes in Rudolstadt zu bestätigen. Ursprünglich war Erfurt als Sitz des Amts in Aussicht genommen. Diese Stadt eignet sich im besonderen Maße, weil sie der Sitz der Oberzolldirektion des Thüringischen Zoll- und Steuervereins ist. Leider hat die Reichsregierung ihre Pläne geändert und sich plötzlich dahin entschieden, die neue Behörde nach Rudolstadt zu legen. Gibt schon diese Verlegung für uns Preußen mit Rücksicht auf den Stand der thüringischen Frage zu denken, so muß es geradezu erschrecken, daß das Landesfinanzamt außer den thüringischen Staaten, auch die drei preußischen Kreise Schmalkalden, Schleusingen und Ziegenrück gegen deren Willen umfaßt, während die in der Provinz Sachsen liegenden thüringischen Gebietsteile (die Unterherrschaften), die ungefähr den gleichen Gebietsumfang und dieselbe Entfernung von den übrigen thüringischen Staatsgebiet aufweisen, nicht etwa folgerichtig dem Landesfinanzamt Magdeburg, sondern ebenfalls dem Rudolstädter Amt unterstellt werden. Nachdem bereits für die Wahl zur Nationalversammlung preußisches und thüringisches Gebiet zusammengelegt worden ist, haben wir hier den zweiten und ernsteren Fall, wo die Reichsregierung die großthüringischen Bestrebungen zu begünstigen scheint.

*

Staatlicher Kraftwagenverkehr Leipzig—Berlin

Leipzig, 12. November.

Die sächsische Staatseisenbahn hat die angekündigte Kraftwagenverbindung Leipzig—Berlin trotz der ungünstigen Witterungsverhältnisse am Mittwoch, den 12. November, eröffnet. Die Wagen verkehren nunmehr bis einschließlich 16. November täglich früh 7 Uhr vom Hauptbahnhof Leipzig nach Berlin Anhalter-Bahnhof über Bitterfeld—Wittenberg—Treuenbrietzen—Beelitz—Potsdam—Zehlendorf, die Rückfahrten von Berlin Anh. Bahnhof vom 13. Nov. an täglich früh 7 Uhr nach Leipzig Hauptbahnhof. Der Fahrpreis für die einfache Fahrt Leipzig—Berlin beträgt 150 Mark.

— **Rothenburg a. S., 12. November.** (Deutschnationale Volkspartei.) Die Deutschnationale Volkspartei hatte im Gasthof „Zum Schützen“ eine öffentliche Versammlung angesetzt, in der der Geschäftsführer der Partei, Herr Munnecke aus Halle, einen fast zweistündigen Vortrag über die Ursachen des Zusammenbruchs Deutschlands und die Möglichkeiten des Wiederaufbaues hielt. Erstere suchte er in dem trotz aller anfänglichen begeisterten Hingabe an das Vaterland von kleineren Kreisen ausgehenden, aber immer mehr und rascher um sich greifenden Materialismus, der in Reklamationen, Kriegsgesellschaften, Wucher und Schiebertum sich ausprägte und über Heimat und Etappe auch die Front zerstörte. Eine Wendung zum Besseren ist nur möglich, wenn jeder Deutsche von den Träumen der Weltverbrüderung, für die sich außer den Deutschen die Arbeiter und Proletarier keines Volkes praktisch betätigt haben, erwacht und wieder deutsch und national (völkisch) denken und handeln lernt. In der jetzigen Weise könnte und dürfte es nicht weiter gehen, wenn wir nicht dem völligen Untergange verfallen sollen.

— **Löbejün, 12. November.** (Deutschnationale Volkspartei.) Am Freitag, 7. November, hatte die Deutschnationale Volkspartei zu einer Volksversammlung eingeladen, die vor allem von den Gegnern reichlich besucht war. Die Erschienenen folgten mit regem Interesse den Ausführungen des Herrn Parteisekretärs Munnecke aus Halle. An vielen einzelnen Bildern und Beispielen zeigte er, wie es zu Deutschlands Zusammenbruch hatte kommen können und müssen Darauf bauten sich dann die Forderungen auf, die an unser Volk zu stellen sind und die jeder einzelne an sich zu stellen hat, damit es zu einem Wiederaufbau kommen kann. Reicher Beifall lohnte die fesselnden eineinhalbstündigen Darlegungen. Eine Aussprache fand leider nicht statt, doch bewiesen mehrere Zwischenrufe, daß auch die anwesenden Gegner mit manchen Teilen des Vortrages einverstanden waren.

t. **Quedlinburg, 12. November.** (Zur Linderung der Wohnungsnot.) Landesökonomierat von Dippe stiftete der Stadt 20 000 Mk. zum Bau von Wohnhäusern. Weiter wird die Firma Gebrüder Dippe zur Entlastung des städtischen Wohnungsmarktes ein großes Wohnhaus für ihre Angestellten errichten. Gleichfalls zum Zwecke der Linderung der Wohnungsnot überwies der Großgärtnereibesitzer Bach der Stadt 20 000 Mark

---

...delt, als der Feind unseren Angriff gemerkt und entdeckt hatte. Ein wahrer Schauer von Granaten und Schrapnells prasselten auf uns nieder! Ein Krachen und Zischen ununterbrochen.

Ich schließe mich einer Gruppe an, die Gefreiter Berndorf (Louis) 2/36 führt. Mit ihm springe ich vor,, oft weit voran. Die Kameraden sagten später, mein grauer Mantel hätte immer das Zeichen gegeben!

Es wird gegen 4 Uhr. Ein feiner Regen setzt ein. Weiter. Wir gewinnen mehr und mehr Terrain. Bei 800 Meter Entfernung sagte Berndorf: „Nun Kinder, noch ein paar tüchtige, lange Sprünge, daß wir auf die kurze Entfernung voran kommen, dann schießen sie über uns weg“.

Weiter gehts. Die Kugeln pfeifen: huii—pätsch. Dem Wehrmann Zink ist die linke Hand zerschmettert. Wir verbinden ihn notdürftig. Weiter. Noch 6 bis 8 Sprünge, und wir haben endlich die vorderste Feuerlinie erreicht! Wir sind bis auf 350 Meter ran und nehmen das Feuer auf.

Ich sehe noch keinen Feind, der sich natürlich im Schützengraben so klein wie möglich macht! Weiter. Sprung auf Sprung! Ich kochte vor Anstrengung; fast außer Atem. Ich lasse mir von einem Wehrmann sein Seitengewehr geben, da ich entdecke, daß ich keinen Säbel habe. Weiter. Nur schnell hinein, da pfeifen die Kugeln drüber weg. Jetzt noch 150 Meter! Plötzlich Signal: „Seitengewehr pflanzt auf!“ „Jetzt gilt es, Leute!“ Vorwärts! Gefreiter Ullrich (1/28) borgt mir sein Seitengewehr. Wir rasen auf und gegen die Gräben, ein Halten gibt's nicht mehr!!!

Da sind die Gräben, die feindlichen! Da liegen „sie“ auch, wie schwarze Puppen und doch mit Leben, denn ihre Bajonette starren in die Höhe!

Und im Nu bin ich unten, mitten unter den Franzosen! Und schon packt mich einer an die Kehle: Ein Fluch wohl, oder einige grunzliche Töne! Ich fasse ihm auch nach der Kehle, kaum noch atmen könnend. Jetzt hole ich aus, um ihm mit dem Griff auf den Kopf zu schlagen, da bekomme ich einen Schlag auf den Arm' „Herr Hauptmann, den Kopf weg!“ — Mechanisch beuge ich wohl den Kopf zur Seite, da kracht ein Schuß dicht an meinem linken Ohr. Es wird schwarz vor meinen Augen! Vorher sah ich etwas Blankes von oben nach unten fahren: ein deutsches Bajonett war dem Franzosen durch den Schädel gedrungen.

„Das war höchste Zeit, Herr Hauptmann!“

Heinrich Fleer (1/36))aus Helbra und Paul Schich (1/36 aus Kolonne Helbra waren meine Retter. Sonst hätte wohl der Kampf noch länger gedauert.

„Das war brav! Danke Kamerad! Und nun weiter vor nach Vintheville!“

Schon sind wir über den dritten und zweiten und nun auch den letzten Graben weg! Ueberall knallten die Schüsse in den Gräben. Bald hier, bald da hörte man Kolben aufdröhnen — entsetzlich!

Gefangene werden gemacht. Wer sich rührt, wird erschossen, erstochen, unschädlich gemacht.

Am Dorfrand kurze Rast, wobei ich Willrich (Oberleutnant bei der 4. Kompagnie) spreche, der fragt, ob ich verwundet sei.

Nun ein letztes Hurra und in das Dorf!

Schwarze Nacht ist inzwischen geworden. Vor einem Haus bleibe ich stehen, noch drei Leute neben mir! Wir donnern gegen die Tür, die verschlossen ist und: paff. paff, paff ...... schießt es aus allen Fenstern, Luken und Löchern!

Zurück, um Leute zu holen.

Da ratterte links ein M. G. sein gleichmäßig grausiges Geknatter. Rechts und links stürzen die Kameraden. Zur Erde und nicht rühren! Die Geschosse zischen über mich weg. Ich liege hinter einem kleinen Erdwalle in einem Pflaumengarten. Und ein erneutes Geknatter geht los. Die Franzosen haben sich gesammelt und nun ihre Stellung am Dorfe eingenommen. Ein Vordringen ist da in der Dunkelheit nicht mehr möglich. Also bleibe ich liegen und warte. bis der Hagel nachläßt.

Allmählich, ganz allmählich wird er dünner. Ich krieche vorsichtig zurück und erreiche einen französischen Laufgraben. In diesen hinein wie ein Wiesel. Dort sind wohl 20 Mann. Und über mir starren deutsche Bajonette und schießen.

Aber auch diese verschwinden über mir und es wird ruhiger.

Ich sagte mir: „Der Befehl lautete: Vintheville wird genommen! Also abwarten, es kommt entweder jetzt Verstärkung und der letzte Sturm wird gemacht, oder morgen bei Tagesgrauen geht's los!“

Ungefähr 8 Uhr. Es ist entsetzlich kalt. Ich friere, ich zittere, ich klappere. Ob ich je wieder warm werden kann! Und von der unendlichen Mühe überwältigt mich die Müdigkeit. Ich nicke ein.

(Schluß folgt.)

Deutsche Gesellschaft für Politik

an der Universität Halle-Wittenberg.

In der Stunde tiefster Not unseres Volkes, nach seinem politischen und sittlichen Zusammenbruch, ist die Deutsche Gesellschaft für Politik an der Universität Halle-Wittenberg ins Leben getreten. — Aus dem Bewußtsein heraus, daß ein Wiedererstarken unseres Vaterlandes nur möglich ist, wenn die Gebildeten der Nation das Wesen der politischen Verantwortung erfassen, die auf ihnen liegt, erstrebt die Deutsche Gesellschaft für Politik durch ihre Veranstaltungen ihren Mitgliedern Anregung und Möglichkeit zu schaffen, sich auf dem Gebiete der Politik zu unterrichten und durchzubilden. Die Gesellschaft ist überparteilich. Die Vereinigung von Angehörigen aller Parteirichtungen in ihr soll ein Ausdruck dafür sein, daß an die Stelle verständnisloser Spaltung und des Zerfalls der Wille zur Zusammenfassung aller Kräfte und der Wille zum Gestalten treten müssen.

Die Zwecke der Gesellschaft werden verfolgt: durch Uebungsabende, welche abwechselnd Referat- und Debattierabende sind, sie sollen die politische Ausbildung der Mitglieder in materieller und formeller Hinsicht fördern. (Zu den Referatabenden können Gäste eingeführt werden); durch die von der Gesellschaft gehaltenen Zeitungen und Zeitschriften, durch eine eigene politische Bibliothek, sowie durch ein Pressearchiv; durch Vortragskurse, die auch einem größeren Publikum zugänglich sind; durch gesellige Zusammenkünfte. — Ordentliches Mitglied kann jeder Angehörige der Studentenschaft — auch Hörer — der Universität Halle-Wittenberg werden; Angehörige des Lehrkörpers können außerordentliche Mitglieder werden.

Jeder, der sich durch eigenes Nachdenken eine feste politische Meinung bilden will, trete der Deutschen Gesellschaft für Politik bei. Der erste Abend der Gesellschaft im kommenden Winter-(Zwischen)Semester wird durch Anschläge noch bekanntgegeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911132-16/fragment/page=0003

Warme

Winter-Mäntel

besonders preiswert.

Winter-Mäntel mit Gürtel und Taschen aus flauschartigen Stoffen . . . 68.00

Winter-Mäntel dicke Stoffe in braun, weinrot, grün 89.00

Winter-Mäntel fesche Form, offen u. geschlossen zu tragen 115.00

Winter-Mäntel extra lang, mit flotter Knopfgarnierung 128.00

Winter-Mäntel Raglan-Aermel besonders elegant gearbeitet . . 225.00

Reinwollene Flausch-Ulster und Flausch-Mäntel,

fesche Formen in jeder Preislage.

Samt-Jacken Samt-Mäntel

Astrachan-Mäntel Krimmer-Mäntel

Halle, Leipziger Str. 94. **M. Schneider** Halle, Leipziger Str. 94.

Inh.: Johannes Hagenow.

Bekanntmachung.

Der des Mordes an dem Former Karl Meseberg dringend verdächtige Student der Medizin Fritz Huberti in Halle a. S., gegen den bereits unter dem 3. Mai 1919 der Steckbrief erlassen worden ist, hat bisher nicht ermittelt werden können. Seine Festnahme erscheint zur völligen Aufklärung des Falles notwendig und ist insbesondere zur Ueberführung etwaiger Mittäter von ausschlaggebender Bedeutung.

Huberti ist am 24. September 1897 zu Leipzig geboren, etwa 1,70—1,75 m groß von schlanker Figur, ist bartlos und trägt mittelblondes gescheiteltes Haar. Es ist anzunehmen, daß Huberti sein Aeußeres öfters verändert.

Der Herr Regierungspräsident zu Merseburg hat eine Belohnung von 3000 Mk. für die Ermittelung des oder der an der Ermordung Mesebergs beteiligten Personen ausgesetzt. Die Verteilung des Betrages erfolgt durch den Herrn Regierungspräsidenten unter Ausschluß des Rechtsweges.

Behörden und Privatpersonen werden deshalb erneut ersucht, möglichst energisch auf Huberti zu fahnden und alle zu seiner Ermittlung oder zur weiteren Aufklärung der Sache geeigneten Nachrichten der Staatsanwaltschaft, der Kriminalpolizei zu Halle oder dem unterzeichneten Untersuchungsrichter zu den Akten 5 a. J. 162 19 sofort mitzuteilen.

Halle a. S., den 8. November 1919.

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht.

Walhalla-Operetten-Theater.

Heute 1/2 8 Uhr: Die **Fasch'ngsfee**

Sonntag nachm. 1/2 4 als Familien-Vorst. **Schwarzwa'dmädel**

Original-Besetzung.

Kl. Preise: Erwachsene Mk 1.— bis 4.—, Kinder die Hälfte.

Kasse 10—1½ und 4—8.

Apollo-Theater

Täglich abends 7½ Uhr: Die tanzende Nacht

Operette v. K. Gerstenberg

Lisl . . L. Tirsch a. G.

Oktav . M. Wilkes a. G.

Vorverkaufsstelle

Stadttheater

Freitag, den 14. Nov. 7½ Uhr, Ende 10½ Uhr

Carmen.

Sonnabend: Zar und Zimmermann

Heilquellen des Bades Neu-Ragoczy.

Aerztlich empfohlen.

Ella-Quelle :: Carolus-Quelle

Augustus-Quelle.

Die für die betreffenden Erkrankungen in Frage kommenden Brunnen sind an den Flaschenetiketten angegeben.

Anna-Brunnen erstklassiges Tafelwasser von außerordentlich erfrischender Wirkung.

Brunnen-Verwaltung **Bad Neu-Ragoczy** b. Halle a. S.

Telefon: Amt Salzmünde Nr. 28 (und Halle Nr. 6725).

Niederlagen in Halle a. S.: G. Förste, Streiberstraße 15. Tel. Nr. 2611. Dom-Drogerie, Mansfelderstraße 1. Tel. 1387.

Vertreter für Wettin und Umgegend: Schlossdrogerie Krüger, Wettin.

Zoo.

Heute Donnerstag, abends 8 Uhr

II. Gesellschafts-Konzert.

Solist: Konzertmeister Max Knoch (Violine)

Eintrittspreis für Nichtabonnenten 1 Mk.

Thalia-Theater

(Gastspiel des Stadttheater-Personals)

Sonntag, den 16. Nov. abends 7½ Uhr

Der Raub der Sabinerinnen

Zöpfe

Alle Haararbeiten.

G. Niedermann, 1 Poststraße 1.

An Privatunterricht

(Lyceum)

können Kinder von 6 Jahren teilnehmen.

Schillerstraße 20 I

Nachm.-Hausarbeit

leistet geb. jg. Mädchen

Geigenunterricht.

unter Z. 2230 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Moderne Halsketten

für Damen u. Kinder (viele Neuheiten).

H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Lauten

Violinen, Gitarren, Mandolinen, Taktmesser, Saiten aller Art, Mundharmonikas.

H. Lüders

Mittelstr. 9-10, Aelteste Handlung am Platze.

Ankauf alter Pianos.

Einladung

zu der am 16. Nov. 1919, 10 Uhr vormittags, anläßlich des Jahrestages der Gründung des

Reichswirtschafts-Verbandes deutscher derzeitiger u. ehemaliger Berufssoldaten, Ortsgruppe Halle S.

stattfindenden

Fest-Versammlung

in den Weißbierhallen, Bernburger Straße.

Der Vorstand.

I. A.: Zille, 1. Vorsitzender.

Hohenzollernhof

(Grand Hotel)

Magdeburger Straße 65.

Morgen Freitag **Tanzabend.**

Damen nur in Toilette.

Kein Bierzwang.

Gebr. Bethmann

Werkstätten für Wohnungskunst

Halle a. d. S.

Große Steinstraße 79-80.

Vollständige Zimmer-Einrichtungen in allen Preislagen.

Saalschloss-Brauerei

Haass-Berkow-Spiele

verlängert bis einschliesslich Sonnabend, den 15. November.

Freitag: Totentanz und Paradiesspiel

(für die dem Ortsausschuss für Jugendpflege angeschlossenen Vereine).

Sonnabend: Totentanz und Paradiesspiel

Karten bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1a.

Städt. Jugendamt.

Auditorium maximum der Universität.

Sonnabend, den 15. November, 5 Uhr

Professor Böhmer: Weltanschauung und Politik

Karten für alle Vorträge 4.— Mk. Einzelkarten 1.50 Mk. vor dem Vortrag an der Kasse zu haben.

Freitag, d. 14. November 1919, nachm. 3½ Uhr bei **Paul Schmidt,** Dessauerstr. 12

In einigen Tagen beginnen wieder neue Kurse in

Buchhaltung
Kontorpraxis
Kaufm. Rechnen
Schreibmaschine
Stenographie
(Gabelsberger).

Anmeldungen täglich von 4—7 Uhr nachmittags.

Büchercredit. Hause, Trbandenstr. 20 I.

Halbheer's Weinstuben

Gr. Ulrichstr. 10 — Fernruf 1499.

Gutgepflegte Weine zu norm. Preisen.

Halbheer's Diele.

Jeden Nachmittag

Künstler-Konzert.

Meiner geehrten Kundschaft gestatte ich mir hierdurch anzuzeigen, daß ich von Königstraße 18 nach **Kleinschmieden 4** verzogen bin. Stimmungen und Reparaturen an Pianos, Flügeln und Harmoniums führe nach wie vor mit gewohnter Gewissenhaftigkeit aus.

Willy Bau, Kleinschmieden 4.

Telephon 1044 — Werkstatt 1171 Nebenanschluß.

Elektr. Anlagen in Kupfer

für Beleuchtung und Kraft.

Reparaturen sachgemäß. — Beleuchtungskörper, Motore usw. preiswert.

Fabricius, Triftstr. 1. Tel. 3490

Wohnung und Unterricht

jetzt **Torstrasse Nr. 3.**

Frau M. Schmidt-Valentin. Fernr. 2006

Moderne elektrische BELEUCHTUNGS-KÖRPER

Rast

Geiststr. 28.

Für Familien-Festlichkeiten empfiehlt in reicher Auswahl

elegante Verlobungs- und Vermählungs-Drucksachen

Buch- u. Kunstdruckerei Otto Thiele

Verlag der Halleschen Zeitung.

Angebot!

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen

in einfacher bis ganz reicher Ausführung.

Reichhaltigste Auswahl!

Möbelfabrik

Albert Martick Nachf.

Inh. Richard Ziemer,

Halle a. S., Alter Markt 2.

Zukunft,

Glück, Charakter, Reichtum, Eheleben wird nach Nitrogenie berechnet. Nur Geburtsdaten angeben.

Schaub, Hannover, Blumenstr. 8 I.

Heute Nacht entschlief am Herzschlag in seinem 70. Lebensjahre mein geliebter Mann, unser geliebter, treuer Vater, Bruder, Schwager, Schwiegervater und Grossvater, der

Rittergutspächter und Hauptmann d. L. a. D.

Oscar Handt.

In tiefer Trauer

Luise Handt geb. Bandel
Oscar Handt
Friedrich Wilh. Handt
Luise Handt

Therese Bandel
Anna Kraus geb. Handt
Elfriede Handt geb. Hennicke
und ein Enkelkind.

Rittergut Beesen, Dessau und Bernburg, den 12. Novbr. 1919.

Trauerfeier in Beesen am Sonnabend, den 15. November, nachm. 2 Uhr. Die Beisetzung findet in Dröbel am Dienstag, den 18. November vormittags 11 Uhr statt.

Vorgestern abend ist uns ein

gesunder, hübscher Junge

beschert worden.

Karl Schunck u. Frau
Annelise geb. Lingesleben.

Annemarie

Die glückliche Geburt eines gesunden

Töchterchens

zeigen in dankbarer Freude an

Studienreferendar **Fritz Steffenhagen und Frau**
Lore geb. Lucke.

Halle a. S., Franckestrasse 19 I.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911132-16/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 13 November.

Das „Volksblatt" und das Hallesche „Schulelend"

Von Zeit zu Zeit befaßt sich die berufene Hüterin von Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Halle, das „Volksblatt", „ohne Rücksicht auf Parteiansichten", mit Schulfragen. Vor einigen Wochen waren es die Bilder in den Schulen, neuerdings sind es die Schulbehörden in Provinz und Stadt, denen sie die Ehre ihrer Aufmerksamkeit zuteil werden läßt. Schreiende Mißstände natürlich hier wie dort. Diesmal findet sie das Grundübel darin, daß die leitenden Männer der Schule, Provinzialschulräte, Kreisschulinspektor, Stadtschulrat, Direktoren, von Haus aus — schrecklich zu sagen — entweder selbst Theologen sind, oder daß sie doch wenigstens (nun bleibe ernst, lieber Leser) „Sohn, Vater und Bruder eines Pastors" oder (bleibe ja ernst, lieber Leser) mit „einer Pastorstochter" verheiratet, kurzum irgendwie theologisch belastet sind. Wollte man die Ausführungen des „Volksblattes" ernst nehmen, was nach den wenigen Andeutungen niemand mehr von einem verlangen wird, so würden wir dem Herrn Schulsachverständigen des „Volksblattes" erwidern, daß die Mehrzahl der in seinem Aufsatz angeführten Männer neben den theologischen auch philosophische Studien betrieben hat, somit also zwei Fakultäten angehört; und das dürfte für einen Mann in leitender Stellung vielleicht kein Schade sein. Auf die persönlichen Anzapfungen des Aufsatzes einzugehen, hindert uns eine Schranke, von der der Schreiber des „Volksblattes" frei ist: der Takt. Allerhand Klatsch zuwiderlegen — es wird mehrfach mit dem dicitur gearbeitet, um diese oder jene Persönlichkeit zu verunglimpfen — lohnt sich nicht. Nur den Gründen, denen die Betrachtungen des „Volksblattes" entsprungen sind, möchten wir ein wenig nachgraben. Warum dieser Haß auf die Theologen, Herr Schreiber? Sie meinen wohl eigentlich nicht die Theologie, sondern — die Religion? Und Sie meinen eigentlich auch nicht die Religion, sondern das, was so eng mit ihr zusammenhängt: Ehrfurcht und Sitte, Zucht und Ordnung. Die möchten Sie gern mit den Männern alten Schlages aus der Schule treiben. Sie fühlen: Hier, in der höheren Schule, steht noch ein fester Pfeiler des stolzen königlichen Gebäudes, an den sich neues Starkes anbauen könnte. Darum muß dieser Pfeiler unterwühlt werden, gleichviel, mit welchen Mitteln. Weiß man nichts anderes, so hält man trefflichen, in preußischem Dienst ergrauten Männern ihr Alter vor, oder man sagt ihnen wissenschaftliche Bedeutungslosigkeit nach. Das müssen Sie, Herr Schreiber, bei Ihrer Logik und Ihrer Sachlichkeit ja auch beurteilen können! Sie haben, und das ist uns besonders interessant, den Ersatz ja auch schon zur Hand: „Hunderte fähiger Köpfe, die . . . draußen warten." Sie möchten gar die Philologen gegen die Theologen ausspielen. Wir Philologen danken bestens für Ihre Fürsprache. Sie würden auch keine Freude an uns haben. Da müssen Sie sich schon Leute Ihres Gezüchts suchen. Daß Sie unter den Philologen Hunderte fähiger Köpfe finden, die ein Amt aus Ihrer Hand nähmen, bezweifeln wir. Aber vielleicht begnügen Sie sich auch mit anderen Eigenschaften. Sollten sozialistische Schriftleiter oder Parteisekretäre die Schulratsposten wegen zu geringer Besoldung ausschlagen, so dürften sich Ihnen vielleicht anonyme Schnüffler empfehlen, die imstande sind, durch einen Aufsatz wie den ihren, den Befähigungsnachweis für eine Schulratsstelle zu erbringen. Denn wir irren uns doch wohl nicht, wenn wir als Unterton Ihrer Rede die Stimme eines Tüchtigen zu vernehmen glauben, der unter dem alten System keine freie Bahn gefunden hat. Studienrat —h.

Der Kilian-Prozeß

Weitere Zeugenvernehmungen.

Am heutigen Verhandlungstage wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Zeuge Hermann Leirich, der Vater des gestern vernommenen Zeugen Hermann Leirich, bekundet, daß verschiedentlich Angehörige der Matrosenkompagnie bei ihm gewesen sind, um in energischer Weise nach seinem Sohne zu fragen. Sie haben die Wohnung nach Waffen durchsucht, ohne jedoch solche zu finden. Als der Zeuge die Matrosen nach einem Ausweis fragte, wurde ihm geantwortet: „Eine Legitimation ist nicht nötig, bei uns genügt die Armbinde." Die Wohnung des Zeugen wurde mehrere Tage hindurch von Sicherheitssoldaten bewacht, er selbst und seine Frau scharf beobachtet.

Zeuge Friedrich Köhler, der der Waffenkommission des Soldatenrates bis zu ihrer Auflösung angehört hat, sagt aus, daß sich im „Wettiner Hof" zwei Waffendepots befunden haben. Wenn Truppen von der Front zurückkehrten, so wurden ihnen ihre Waffen im Beisein eines Mitgliedes der Waffenkommission abgenommen, ohne daß jedoch hierbei eine strenge Kontrolle ausgeübt wurde, und alsdann nach dem Artilleriedepot geschafft. Nach Bildung der Matrosenkompagnie wurde die Kontrolle bei der Waffenabnahme noch ungenauer gehandhabt, da zahlreiche Matrosen eigenmächtig Waffen entnahmen. Diese Aussage wird von dem nächsten Zeugen, Franz Strahl, bestätigt, der als Schreiber und Ordonnanz in der Waffenkommission des S.-Rates tätig war. Als kurz vor dem 1. März vom Infanterie-Regiment Nr. 36 300 Gewehre angefordert wurden, erhielt es nur 200 Gewehre, während die übrigen nach dem „Wettiner Hof" geschafft wurden.

Zeuge Wilhelm Jablowsky wird über die Teilnahme der Sicherheitssoldaten an den Plünderungen vernommen. Er kann darüber nichts Positives aussagen, ist aber der Meinung, daß die Sicherheitswehr den Plünderungen Vorschub geleistet hat. — Zeuge Kriegsgerichtsrat Wolf bestätigt, daß die Disziplin im Sicherheitsregiment sehr schlecht gewesen ist. Verschiedene Vertrauensleute haben ihm erklärt, daß Anzeigen wegen Nichterscheinens zum Dienst oder wegen unerlaubter Entfernung vom Dienst überhaupt nicht gemacht wurden, da sonst fast sämtliche Angehörige des Sicherheitsregiments hätten bestraft werden müssen. Ueber die Beteiligung von Sicherheitssoldaten bei den Plünderungen könne am besten die Eisenbahnverwaltung Auskunft geben. Nach den Aussagen des Obervertrauensmannes Haring hätten nicht bloß die Posten, sondern auch die Wachthabenden die Eisenbahnwagen ausgeplündert. An den Plünderungen seien allerdings auch zahlreiche Soldaten der hiesigen Garnison beteiligt gewesen. Auf die Frage des Verteidigers, Rechtsanwalts [illegible], wieviel Mitglieder des Sicherheitsregiments nach den gerichtlichen Feststellungen an den Plünderungen beteiligt gewesen seien, erwidert der Zeuge, daß bisher 57 ermittelt worden sind.

Die Verhandlung dauert an.

*

Die Vernehmung Generalmajor **Maerckers** als Zeuge im Kilian-Prozeß ist auf den 18. d. M. angesetzt.

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **Fleischverkauf.** Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 150 Gramm je Kopf (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) festgesetzt. Es werden je zur Hälfte frisches und ausländisches Rindergefrierfleisch ausgegeben. Der Verkauf erfolgt Sonnabend, den 15. d. M. durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der Fleischmarken für die Woche vom 10. bis 16. Nov. Die Fleischkartenabschnitte sind in üblicher Weise bis zum 18. d. M. an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Durchschnittsverkaufspreis beträgt für 150 Gramm 1,20 Mark.

— **Nudeln.** Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Nudeln wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Freitag, dem 14. November 1919. Es kann für jede Person eines Haushaltes ¼ Pfund abgegeben werden. Es kommen bis auf weiteres nur billigere Teigwaren zum Preise von 66 Pfg. für das Pfund zum Verkauf. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Nudeln einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 428 des Warenbezugsscheines 26. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. — Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

— **Städtischer Verkauf von Speiserofzfett in der Talamtschule** am Freitag, dem 14. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 22 501 bis 23 700 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 23 701 bis 25 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 50 Gramm Speiserofzfett zum Preise von 55 Pfg. abgegeben werden. (Gefäße sind mitzubringen.) Der alte Lebensmittelschein ist vorzulegen. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— **Süßstoff.** Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers über den Verkehr mit Süßstoff vom 20. Juli 1916 und der Verfügung der Reichszuckerstelle vom 28. Juli 1917 wird in Ergänzung der Bekanntmachungen vom 7. September und 10. Oktober 1916 für den Stadtbezirk folgendes angeordnet: Für jede Person eines Haushaltes kann im November ein Briefchen Süßstoff (sogenannte H-Packung) zum Preise von 50 Pfg. nach Maßgabe der aufgedruckten Bestimmungen in den Drogengeschäften oder in den Apotheken käuflich erworben werden. Bei dem Verkauf hat der Verkäufer in der Rubrik „Süßstoff" Spalte 2 des vom Käufer vorzulegenden neuen Lebensmittelscheines den Kauf durch Eintragung des Datums mit Tinte oder angefeuchtetem Tintenstift anzumerken. Weiterhin ist die Marke 435 des Warenbezugsscheines 26 für je ein Briefchen Süßstoff abzutrennen. Die Abtrennung des Warenbezugsscheinabschnittes und vor allem auch die Eintragung in den Lebensmittelschein sind unerläßlich und haben in jedem Falle zu erfolgen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links), binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

— **Kein Ersatz für verlorene Kartoffelkarten.** Es häufen sich in der letzten Zeit wieder Anträge auf Ersatz angeblich verlorener Kartoffelkarten. Die bestehende Kartoffelnot nötigt den Magistrat, den Grundsatz, daß verlorene Kartoffelkarten nicht ersetzt werden, mit aller Strenge durchzuführen. Es muß vermieden werden, daß Einzelne größere als die ihnen zustehenden Mengen beziehen. Wer in Zukunft Kartoffelkarten verliert, hat sich die Nachteile selbst zuzuschreiben.

— **Der Verkauf von Zigaretten an heimgekehrte Kriegsgefangene** findet vom Sonnabend, dem 15. November 1919 ab in den folgenden Geschäften statt: Franz Pennemann, Gr. Ulrichstraße 9, Steinbrecher & Jasper, Marktplatz 1, Max Schulz, Gr. Steinstraße 1/2. Die Bezugskarten werden in der Lebensmittelkartenstelle für Urlauber (Stadternährungsamt — Laden) während der Dienststunden von 8—3 Uhr gegen Vorzeigung des Entlassungs- und Ueberweisungsscheines ausgegeben. Die Abgabe der Zigaretten erfolgt auf die Abschnitte 1 und 2 der ausgegebenen Bezugskarten. Auf jeden Abschnitt werden 50 Zigaretten abgegeben. Die Einlösung der Abschnitte 1 und 2 kann zu gleicher Zeit erfolgen. — Der Verkaufspreis beträgt 12 Pfg. für die Zigarette. Wegen weiterer Belieferung sind die Verkäufer verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt in der Zigarrenverteilungsstelle bei Herrn Kaufmann Georg, Ludwig-Wuchererstraße 42 unter Angabe ihres Restbestandes abzuliefern.

— **Akademische Nachrichten.** Die philosophische Fakultät der Universität Leipzig verzichtet im Hinblick auf die hohen Druckkosten bis auf weiteres auf die Drucklegung der Doktordissertation und erstattet gegen Hinterlegung des druckfertigen Manuskriptes die Summe zurück, welche die Doktoranten vor der Promotion einzahlen mußten. Die bisherige Verpflichtung, die Doktordissertation drucken zu lassen, hat vielen Studierenden schwere Opfer auferlegt. Die Beseitigung dieses alten Zopfes ist daher sehr zu begrüßen.

— **Weitere Staatsbeihilfen an Gemeinden.** Der Preußischen Landesversammlung haben der Präsident des Staatsministeriums, der Handelsminister, der Finanzminister und der Minister des Innern einen Gesetzentwurf zugehen lassen, durch den der Staatsregierung ein weiterer Betrag bis zu 215 Millionen Mark zur Verfügung gestellt wird, um Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Erleichterung ihrer Ausgaben für Kriegswohlfahrtszwecke sowie zur Verbilligung von Lebensmitteln Beihilfen zu gewähren und um öffentliche Notstandsarbeiten zu unterstützen. Ohne die Gewährung weiterer Zuschüsse würden die Notstandsarbeiten nicht fortgesetzt werden können. Auf Grund der neu zu bewilligenden Mittel erscheint die Fortführung bis 30. Juni 1920 gesichert.

— **Der Fernsprechverkehr mit der Schweiz** ist am 10. November wieder aufgenommen worden. Ueber die Gebühren geben die Fernsprechanstalten auf Verlangen Auskunft.

— **Auszeichnung.** Dem Magistrats-Diätar Walter Schmidt, Steinweg, wurde noch nachträglich das Eiserne Kreuz 1. Klasse verliehen.

— **Der Sächsisch-Thüringische Verein für Erdkunde** hält eine öffentliche Sitzung — mit Damen — am Freitag, den 14., abends um 8¼ Uhr im Saale des „Kaiser Wilhelm", Bernburgerstraße, gemeinschaftlich mit dem Hallischen Kolonialverein ab. Vortrag des Privatdozenten Dr. R. Thurnwald: Zur „Kriegszeit in Deutsch-Neu-Guinea".

— **Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Ortsgruppe für den Stadtkreis Halle und den Saalkreis,** beteiligt sich am Sonnabend, den 15. d. M., an der Protestversammlung des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen und des Bundes deutscher Frauen zur Befreiung der Kriegsgefangenen gegen Frankreichs Seelenmord an unseren deutschen Kriegsgefangenen. Die Versammlung findet abends 8 Uhr im Hallischen Kriegsgefangenenheimkehr-Heim am Bahnhofe hier statt. Eingang von ½8 bis 8 Uhr von der Thielenstraße aus. Eintrittskarten sind nicht erforderlich.

— Der **Reichswirtschaftsverband deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten** (Ortsgruppe Halle) hält am 16. November um 10 Uhr vormittags anläßlich des Jahrestags seiner Gründung eine Festversammlung in den Weißbierhallen, Bernburgerstraße, ab.

— **Der Zweigverein der Gustav-Adolf-Stiftung** feiert am Sonntag, den 16. d. Mts., nachmittags um 6 Uhr, in der St. Moritzkirche sein Jahresfest, bei dem Pfarrer Blumenthal aus Großtöpfer im Eichsfeld predigen wird. Alle Freunde der Gustav-Adolf-Sache und insbesondere unserer Eichsfelder Diaspora sind dazu herzlich eingeladen.

— **„Vom erhörlichen Beten"** lautet das Thema über das Pastor Winterberg am nächsten Sonntag, abends 8¼ Uhr, im Stadtmissionshause, Weidenplan 4, sprechen wird.

— **Zoologischer Garten.** Auf das heute abend um 8 Uhr stattfindende 2. Gesellschaftskonzert, in dem der Konzertmeister Max Knoch (Violine) als Solist mitwirkt, sei nochmals hingewiesen.

*

— **Stadttheater.** Heute Donnerstag gelangt das Singspiel „Das Dorf ohne Glocke" zur Aufführung. Freitag „Carmen". Infolge Erkrankung von Eugen Teuscher muß die für Sonnabend angekündigte „Don Carlos"-Aufführung verlegt werden, dafür wird Lortzings Oper „Zar und Zimmermann" gegeben. Die bereits gelösten Karten werden an der Kasse zurückgenommen oder gegen Nachzahlung der Differenz zwischen Schauspiel- und Opernpreisen für die Vorstellung „Zar und Zimmermann" umgetauscht. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Kümmelblättchen", Sonntag abend „Tosca", Montag „Hamlet". — An der Schiller-Feier des Stadttheaters im „Volkspark" am Sonntag vormittag werden außer dem Vortragenden, Dr. Edgar Groß, mitwirken Henriette Böhmer und Josef Krahé.

— **Thalia-Theater.** Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, abends um 7½ Uhr der Schwank „Der Raub der Sabinerinnen" von Franz und Paul von Schönthan zur Aufführung.

— **Walhalla-Operetten-Theater.** Heute in neuer Einstudierung „Die Faschingsfee", in den Hauptrollen besetzt mit Marga Peter, Elsa Tima, Edmund Ferry, Gustav Bertram, Georg Krönlein und Georg Paulsen. Am kommenden Sonntag nachmittag um 4 Uhr wird vielseitigen Wünschen entsprechend als Familienvorstellung „Schwarzwaldmädel" gegeben. Es gelten kleine Preise und zwar für Erwachsene von 1 Mk. bis 4 Mk., Kinder die Hälfte. Die Besetzung ist die gleiche wie abends. Karten sind bereits zu haben.

— **Die Haaß-Berkow-Spiele** sind auf allseitiges Verlangen bis einschließlich Sonnabend, den 15. d. Mts. verlängert worden. Für Freitag ist eine Sondervorstellung für die dem Ortsausschuß für Jugendpflege angeschlossenen Vereine angesetzt. Am Sonnabend findet die letzte Aufführung von „Paradiesspiel" und „Totentanz" statt. Karten sind bei Reinhold Koch erhältlich.

— **Ivo Puhonny's Marionetten-Theater.** Auf vielfachen Wunsch tritt heute eine Aenderung des Spielplanes ein. Zur Aufführung gelangen nachmittags „Der Froschprinz", abends „Der Teufel und das alte Weib" und „Das Spukhaus". Karten bei H. Hothan.

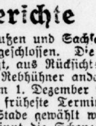
— **Ammendorf-Beesen.** Mit dem am 11. d. Mts. plötzlich verstorbenen Hauptmann a. D. Handt ist eine nach Wort und Wesen wahrhaft volkstümliche, historische Persönlichkeit aus dem Leben geschieden. Waren es doch kürzlich 50 Jahre, die er insgesamt — zuerst als Lernender und Verwalter, dann seit 36 Jahren als Pächter — das alte Hallesche Rittergut bewirtschaftet hatte. Dicht vor der Vollendung des biblischen Alters und dem gleichzeitigen Ablauf der letzten Pachtperiode ist er aus einem rastlos tätigen Leben abberufen. Hervorragend als Landwirt war Hauptmann Handt eine vornehme, ritterliche Persönlichkeit, ein leuchtendes Vorbild kirchlicher und vaterländischer Gesinnung, frei von allem Streben nach öffentlichen Ehren und von einer unverbitterlichen Friedensliebe. Ein treues Kind seines anhaltischen Landes, wo er seinen Lebensabend zu verbringen gedachte, war er in seiner Selbstzucht und seinem eisernen Pflichtgefühl ein echter, aufrechter Preuße, ein überzeugter Monarchist und begeisterter Veteran von 70/71, dem im Grunde die Schmach des Volkes das Herz gebrochen. Als gütiger Familienvater konnte er seine beiden, gesund aus dem Felde heimgekehrten Söhne begrüßen und zuletzt noch einen Enkel in seine Arme schließen. Als Landwirt hatte er hier keinen leichten Stand: Was er gesät, mußte er mühsam Diebeshand abringen, um es zu ernten. Daß er auf nächtlicher Verfolgung von Einbrechern durch einen Herzschlag ereilt wurde, macht sein Ende besonders tragisch. Was aber der treue Mann sonst im Leben gesät, ist eine Frucht, die da bleibt!

„H. Z." Sportberichte

Die Jagd auf Rebhühner wird in Preußen und Sachsen gesetzlich mit dem Ablauf des 30. November geschlossen. Die zuständigen Betriebsausschüsse sind jedoch befugt, aus Rücksichten der Jagdpflege, den Beginn der Schonzeit für Rebhühner anderweit, indes nicht über 14 Tage vor oder nach dem 1. Dezember festzusetzen. In diesem Jahre ist hierfür der früheste Termin, der 17. November, nur im Regierungsbezirk Stade gewählt worden. Einen Tag später, am 18. November, beginnt die Schonzeit im Regierungsbezirk Potsdam. Die Bezirksausschüsse in Allenstein, Arnsberg, Breslau, Liegnitz, Münster, Trier und Wiesbaden haben bekannt gemacht, daß es mit dem gesetzlichen Termin des Beginns der Schonzeit für Rebhühner, dem 1. Dezember, in den betreffenden Regierungsbezirken in diesem Jahre sein Bewenden behalten soll. Dies muß auch für diejenigen Regierungsbezirke angenommen werden, in denen die Bezirksausschüsse überhaupt keine hierauf bezügliche Bekanntmachung erlassen haben. Der späteste Termin für den Beginn der Schonzeit, der 15. Dez., ist im Landespolizeibezirk Berlin und im Regierungsbezirk Oppeln gewählt worden. Einen Tag früher, am 14. Dezember, beginnt die Schonzeit für Rebhühner im Regierungsbezirk Köln. Nachdem nun aber Schneefall eingetreten ist, läßt man die Rebhühner auch da, wo sie noch geschossen werden dürfen, am besten in Ruhe; abgesehen davon, daß der Hühnerbesatz nur noch gering ist, schießt der gerechte Jäger keine Hühner mehr, wenn Schnee liegt. In den meisten Regierungsbezirken schließt gleichzeitig mit der Hühnerjagd auch die Jagd auf Wachteln und Moorhühner.

Deutschnationale Volkspartei Halle-Saalkreis

Am Montag, den 24. November, spricht im Thaliasaal Oberst Bauer von der Obersten Heeresleitung über den Gegenstand: „Konnten wir den Krieg gewinnen?" Wer die schlichte, vornehme Art des Vortragenden bei der Hindenburgfeier kennen gelernt hat, wird nicht versäumen, auch am 24. zu erscheinen.

FORMAN GEGEN SCHNUPFEN
DESINFIZIERT NASE UND RACHEN
VERHÜTET ANSTECKUNG


Wettervorhersage des amtlichen Wetternachrichtendienstes: Freitag: Wolkig, zeitweise Schnee, Frost.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911132-16/fragment/page=0005
DFG

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Eigene Währung fürs Saargebiet?

Von unserem ✱✱ Mitarbeiter.

Saarbrücken, 12. November.

Der Sturz des Markwertes im Saargebiet geht weiter. Es werden allgemein für den Franken 4,80 Mk. bezahlt. Man tritt im Saargebiet allgemein für die Einführung einer eigenen Geldwährung ein. General Andlauer erklärte, daß wegen dieser Frage bereits entscheidende Schritte in Paris unternommen werden.

Anträge zur Zuckerwirtschaft

Die Deutschnationale Volkspartei hat in der preußischen Landesversammlung zwei dringende Anträge eingebracht, in denen die Staatsregierung aufgefordert wird, den nicht länger erträglichen, volkswirtschaftlich und gesundheitlich gleichermaßen schädlichen Mißständen auf dem Gebiete der Zuckerversorgung ein Ende zu machen.

Bereits hat eine Reihe von Zuckerfabriken den Betrieb stilllegen müssen, weil es an Arbeitskräften zur Herausnahme der Zuckerrüben fehlt und weil die Kohlenbelieferung gänzlich unzureichend ist. Dagegen wendet sich der eine Antrag, indem er verlangt, daß schleunigst geeignete Maßnahmen, insbesondere durch vorübergehende Heraufsetzung der Arbeitszeit und durch Bereitstellung ausreichender Transportmittel, ergriffen werden, um den bei fortdauerndem Frostwetter zu befürchtenden Verlust der noch nicht geernteten Rüben zu verhindern.

In dem zweiten Antrag wird die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Zuckers gefordert. Ist die genügende Versorgung der Zuckerfabriken mit Rüben und Kohlen eine dringende, unaufschiebbare Aufgabe der Gegenwart, so ist die Beseitigung der behördlichen Maßnahmen im Bereiche der Zuckerwirtschaft die entscheidende Frage für die Zukunft. Die Zuckerproduktion beträgt in Deutschland gegenwärtig nur noch etwa ein Fünftel der Zuckererzeugung der Vorkriegszeit. Ursache der Abnahme ist die fortgesetzte Verminderung der Anbaufläche. Hier muß also eingesetzt werden, wenn es besser werden soll. Es gibt aber nur ein wirklich wirksames Mittel, um die rübenbauende Landwirtschaft in demselben Maße wie vor dem Kriege für den Zuckerrübenbau zu interessieren: Die Beseitigung der Zwangswirtschaft. Nur wenn in der Landwirtschaft mit Sicherheit darauf gerechnet werden kann, daß beim Zuckerrübenanbau höhere Erträge erzielt werden können, als mit dem Anbau anderer Hackfrüchte, werden die Arbeiten, die zur Bestellung einer größeren Anbaufläche erforderlich sind, rechtzeitig in Angriff genommen werden. Darum darf diese Entscheidung nicht vertagt, sie muß jetzt herbeigeführt werden.

Industrie, Handel Handwerk,

✱ **Ueber den sächsischen Kohlenmarkt** wird von fachmännischer Seite berichtet: Obwohl die Förderungen der Kohlenwerke der Zwickauer- und Lugau-Oelsnitzer Reviere sich weiterhin gebessert haben, bleibt die Kohlennot nach wie vor akut. Die Verhältnisse dürften sich im Laufe des Winters auch kaum bessern. Wenn es bei den heutigen Einschränkungen bleiben kann, so ist es das Höchste, was zu erreichen ist, doch werden voraussichtlich noch weitere dauernde Einschränkungen, besonders von Seiten der Bahn, eintreten müssen, um überhaupt den Betrieb aufrecht zu erhalten. Der Vorschlag, der von Seiten der Werksverwaltung gemacht war, wieder achtstündige Arbeitszeit und Sonntagsschichten bis Ende März 1920 einzuführen, hat leider bei den hiesigen Belegschaften keinen Beifall gefunden. Es ist dies um so bedauerlicher, als die mehrgeförderte Kohle besonders den minderbemittelten Kreisen zugeführt werden sollte, wodurch viel Not im kommenden Winter abgewendet worden wäre. Die Verstaatlichung einiger bedeutender Kohlenwerke wird nunmehr voraussichtlich mit Ablauf dieses Jahres zur Tatsache werden, da die sächsische Regierung mit der Absicht umgeht, wie bereits gemeldet, den Steinkohlenbauverein „Gottes Segen" in Lugau und den Steinkohlenbauverein „Vereinigt Feld" käuflich zu erwerben.

Der italienische Kaufmann für Deutschland. Die Stimmung in kaufmännischen Kreisen Italiens ist durchaus günstig für Deutschland. Je schneller wir uns diese Stimmung zunutze machen, desto leichter wird es fallen, das während des Krieges Verlorene wiederzugewinnen, um so mehr, als fast alles, was hier deutsche Waren ersetzte, recht minderwertig und trotzdem sehr teuer ist. Namentlich auf dem Gebiete von Eisen- und Stahlwaren, auf dem Deutschland auch heute noch leistungsfähig genug ist. Was die Konfiskation deutschen Eigentums betrifft, so ist, soweit in Erfahrung gebracht werden konnte, noch keinerlei Entscheidung getroffen und es scheint, als wolle sich die Regierung nur im Notfalle dazu entschließen. Man rechnet natürlich auf weitgehendes Entgegenkommen auf deutscher Seite in allen Italien direkt interessierenden Fragen.

Minderwertige Ausfuhrwaren. „Alg. Handelsblad" beschwert sich darüber, daß so viele deutsche Haushaltartikel, Fahrräder, landwirtschaftliche Geräte usw. über die Grenze kommen, die keinen Pfifferling wert sind. Allerdings kosteten sie auch durch den Valutaunterschied so viel wie nichts. Die äußere Beschaffenheit der Waren blende, aber das dazu verwendete Material tauge nichts. Gewöhnlich brächen die Fahrräder schon bei der ersten Fahrt. Die Messer der Häckselschneidemaschinen seien weich wie Blech, ebenso der Stahl der Pflugscharen. Das Blatt ermahnt die deutschen Händler mit Schleuderwaren an der Grenze, den guten Namen des deutschen Fabrikats solcherweise nicht zu beschmutzen und ihm durch solche gewissenlose Handlungsweise nicht den holländischen Markt zu verderben.

Aktiengesellschaften

— **Braunkohlenwerke Leonhard Akt.-Ges. in Zipsendorf.** Auf die Tagesordnung der am 26. d. Mts. stattfindenden Generalversammlung sind noch nachstehende Anträge gesetzt worden: Ermächtigung zur Ausgabe einer hypothekarischen 4½proz. Anleihe von 2½ Mill. Mark sowie Abänderung des Pachtvertrages mit der Braunkohlen Akt.-Ges. Vereinsglück in Meuselwitz. Jede Anleihe soll auf den Immobilien-Besitz der Meuselwitzer Gesellschaft eingetragen werden.

— **Der Gewerkschaft Günthershall in Göllingen am Kyffhäuser** ist die staatliche Genehmigung zur Ausgabe von 5proz. Teilschuldverschreibungen im Gesamtbetrage von 2 Millionen Mark erteilt worden.

Polizei-Verordnung

über das Vorrätighalten, den Verkauf und das Tragen von Waffen.

Auf Grund der §§ 5. 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. 8. 1850 und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. 7. 1888 wird hierdurch mit Zustimmung des Magistrats für den Stadtkreis Halle verordnet:

§ 1.

Schußwaffen aller Art und dazu gehörige Munition (ausschließlich der Luftgewehre und Luftpistolen), ferner Dolche, Dolchmesser und Jagdnicker (dolchähnliche Messer mit feststellbarer Klinge), Stöcke mit Metalleinlage, sowie Stöcke nach Art der Bergmannskeilhauen dürfen nur an den rechtmäßigen Inhaber eines für die begehrte Art von Waffen ausgestellten Waffenerwerbsscheines (§ 6, Abs. 2) gegen dessen Ablieferung verkauft oder sonst verabfolgt werden. Für Jagdwaffen genügt an Stelle Ablieferung eines Waffenerwerbsscheines der Besitz eines Jahresjagdscheines.

Schußwaffen älterer Herstellungsart, zu denen Munition im Handel nicht mehr erhältlich ist, unterliegen dieser Beschränkung nicht.

Als Verabfolgung gilt auch die Versendung mit der Post oder der Eisenbahn.

§ 2.

Das Feilhalten, Feilbieten und Verkaufen von Schlagringen und sogenannten Totschlägern, sowie von Gummischläuchen, Stricken oder Riemen, welche mit Metall oder anderer Beschwerung versehen sind, ist verboten.

Als Feilbieten gilt auch die Versendung von Preisverzeichnissen mit Abbildungen ohne Rücksicht darauf, ob der Absendungsort außerhalb des Stadtkreises liegt.

§ 3.

Die gewerbsmäßigen Verkäufer der in § 1 bezeichneten Waffen haben ein Lagerbuch zu führen. In dem Lagerbuch sind die an dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung vorrätigen und alle weiter eingehenden Waffen und Munition unter Angabe der Herkunft, sowie bei Schußwaffen auch der Fabriknummer und der im eigenen Betriebe gegebenen Nummer zu verzeichnen. Das Lagerbuch hat ferner alle Verkäufe und sonstige Veräußerungen unter Angabe des Tages der Abgabe, Stückzahl, Art der verkauften Waffen und Munition, Vor- und Zuname, Stand, Wohnort und Wohnung des Käufers, sowie der Nummer des Waffenerwerbsscheines oder des vorgezeigten Jahresjagdscheines des Käufers auszuweisen. Die abgelieferten Waffenerwerbsscheine sind dem Lagerbuche als Anlagen beizufügen.

Das Buch muß dauerhaft gebunden und mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen sein. Bevor es in Gebrauch genommen wird, ist es der Polizeiverwaltung zur Beglaubigung vorzulegen. In dem Lagerbuche dürfen weder Schabungen vorgenommen, noch Eintragungen unleserlich gemacht werden; auch darf es ohne Genehmigung der Polizeiverwaltung weder ganz noch teilweise vernichtet werden.

Das Buch ist der Polizeiverwaltung oder deren Beauftragten auf Verlangen jederzeit zur Prüfung vorzulegen.

§ 4.

Es ist verboten, Waffen der in §§ 1 und 2 bezeichneten Art zu führen.

Dieses Verbot gilt nicht:

1. für die Sicherheitsorgane des Staates und der Gemeinden hinsichtlich der zum Dienstgebrauch benötigten Waffen,
2. für die Militärpersonen hinsichtlich ihrer Dienstwaffen,
3. für Mitglieder von Vereinen, welchen die Befugnis zum Tragen von Waffen beiwohnt, hinsichtlich des Umfanges dieser Befugnis,
4. für die Inhaber von Jagdscheinen hinsichtlich der landesüblichen Jagdwaffen, sowie für die von ihnen mit dem Transport dieser Waffen Beauftragten und
5. für die Inhaber von Waffenscheinen hinsichtlich der auf den Waffenscheinen vermerkten Waffen.

Der Transport von Waffen innerhalb des geordneten Handelsbetriebes unterliegt diesem Verbot nicht, sofern die Waffen in geschlossener Verpackung befördert und von den Empfängern in deren Gewerbebetriebe empfangen werden.

§ 5.

Jagd- und Waffenscheine sind während des Waffentragens stets mitzuführen und den polizeilichen Aufsichtsbeamten auf Verlangen jederzeit zur Prüfung vorzulegen.

§ 6.

Waffenerwerbsscheine und Waffenscheine werden von der Polizeiverwaltung kostenlos ausgestellt. Sie sind nur gültig für den Stadtbereich.

Ein Waffenerwerbsschein, dessen Gültigkeit auf die Dauer eines Monats beschränkt ist, wird nur erteilt, wenn der Nachsuchende das Bedürfnis zum Erwerben einer der in § 1 genannten Waffen und Munition nachweist.

Ein Waffenschein wird nur dann erteilt, wenn das Bedürfnis des Nachsuchenden zur Führung einer Waffe anerkannt, der Nachsuchende hier seinen Wohnsitz hat, durchaus zuverlässig und über 20 Jahre alt ist. Die Erteilung erfolgt auf jederzeitigen Widerruf.

Die Gültigkeit des Waffenscheines erlischt bei Verzug des Inhabers aus dem Stadtbezirk.

Wird die Erteilung des Waffenscheines widerrufen, welches schriftlich oder zu Protokoll erfolgt, oder ist seine Gültigkeit erloschen, so ist er sofort hierher zurückzugeben.

§ 7.

Waffenerwerbsschein und Waffenschein dürfen anderen Personen nicht zur Benutzung überlassen werden.

§ 8.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mk., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft, sofern nicht nach den bestehenden Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt wird.

§ 9.

Hinsichtlich der Strafbarkeit des heimlichen Aufsammelns von Vorräten an Waffen oder Schießbedarf außerhalb des Gewerbebetriebes wird auf § 360 Nr. 2 und des Feilbietens sowie Tragens von Stoß-, Hieb- und Schußwaffen, welche in Stöcken, Röhren oder in ähnlicher Weise verborgen, auf § 367 Nr. 9 des Reichsstrafgesetzbuches und § 345 Nr. 7 des Preußischen Strafgesetzbuches, sowie auf die Regierungs-Polizeiverordnung vom 26. 4. [illegible] verwiesen.

§ 10.

Diese Verordnung tritt am 15. November 1919 in Kraft. Vom gleichen Zeitpunkt ab wird die Polizeiverordnung vom 21. April [illegible] die den gleichen Gegenstand betrifft, aufgehoben.

Halle, den 6. November 1919.

Die Polizei-Verwaltung.
(gez.) Rive.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher
Verantwortlich für Politik Helmut Böttcher, für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling, für den gesamten übrigen redaktionellen Teil Adolf Meyer.
Anzeigenteil Paul Kersten sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G., Filiale Halle a. S., Poststrasse 12. Tel. 1382. 1383. 1692. Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

Stellen-Angebote

Bohrmeister
für Tief- u. Flachbohrung, sowie Brunnenbauten suchen
Cöthener Tiefbohrwerke G. m. b. H.
Cöthen in Anhalt,
Spezialgeschäft für moderne Brunnenanlagen, Vertiefung alter Brunnen sowie Ausführ. v. Tief- u. Flachbohrungen.

Reisedamen
zum Besuche von Hausfrauen in Halle u. Provinz Sachsen geg. hohe Provision sofort gesucht. Einarbeitung erfolgt durch erprobte Kraft. Meldung erbittet
Franz Schmidt,
Schmeerstr. 17 181.

Gesucht zum 1. Januar 1920 auf größeres Gut Nähe Eisleben eine jüngere
Mamsell,
die Kochen erlernt od. Lehrzeit mit Erfolg beendet hat. Offerten unter Z. 2231 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Stellen-Gesuche

Suche Vertretung.
Junger, arbeitsfreud. Kaufmann, verh., selbständig gewesen, sucht nur gute Vertretung erster Firmen für den Kreis Eckartsberga und Umg. event. auf eigene Rechnung. Gefl. Offerten unter **Z. 2229** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Fräulein, 24 J., sucht geeignete Stelle als
Schneiderin.
Hat 3 Jahre gelernt und ist 1½ Jahr selbständig. Offert. unt. M. N. Bad Schmiedeberg, Ratsgraben 1/9.

Gut erhaltener
Kinderstuhl u. Stuhlschlitten
zu verkaufen.
Blücherstraße 17 II.

Verkäufe

Die Graditzer Halbblutauktion
findet am Dienstag, den 18. November statt.
Gestütdirektion.

Brennholz
in Ofenlänge ab Lager und frei Haus liefert
Louis Kuckelt, G. m. b. H., Königstr. 45. Telefon 5564.

Am Montag, den 17. November sind mehrere
Lastautos sowie Personenautos
zu versteigern.
Sammelplatz: Kaserne Roßplatz.

Salon-Einrichtung
(fast neu)
nur für Private zu verkaufen.
Königstr. 18 2 Tr. l.

Guterhaltener
Landauer
zu kaufen gesucht.
Offert. unt. **H. F. 4462** an **Haasenstein & Vogler,** Große Ulrichstraße 63.

Schweizer Aepfel
Rote Möhren
Weißkohl
Rote Beete
Kohlrüben
offeriert waggonweise billig
Oscar Winkler,
Leipzig, Markthalle.
— Telephon 19929. —

Geldverkehr

Infolge (unverschuldeter) Ehescheidung bin ich gezwungen, meinem früheren Schwiegervater ein Darlehn von
10000 Mark
zurückzuzahlen. Ich suche daher diese Summe von seriösem Geldgeber, der die Darlehnshergabe nicht aus Gewinnsucht, sondern mehr aus Menschenliebe machen will. Monatl. Rückzahlung. Ich bin Beamter und habe ein Einkommen von über 13000 Mark. Vermittler verbeten. Angebote u. Z. 2232 a. d. Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Kaufgesuche

Zuckerrüben
für Fabrik, Bahn- u. Wasserverladung, kauft
Blumenthal, Magdeburg, Gr. Diesdorferstr. 7.

1000 Mark für eine gebr. brauchbare Schreibmaschine.
Off. u. O. K. 32 hauptpostl. Halle a. S.

Verschiedenes

4½ prozentige Schuldverschreibungen der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft zu Halle a. S. Ausgabe vom Jahre 1919.

Bei der heute in Gegenwart von zwei Mitgliedern des Aufsichtsrates erfolgten Auslosung von **40 Stück 4½% Schuldverschreibungen unserer Gesellschaft** zu Mk. 500.— — Ausgabe v. Jahre 1909 — wurden die Nummern:
2, 15, 48, 52, 90, 95, 124, 145, 154, 174, 179, 200, 220, 274, 278, 347, 361, 384, 398, 426, 429, 451, 473, 525, 558, 561, 565, 612, 621, 630, 639, 711, 722, 780, 804, 825, 873, 9 8, 943, 976
im Gesamtbetrage von Mk. 20000.— gezogen.
Die Rückzahlung erfolgt gegen Rückgabe der ausgelosten Stücke am 1. April 1920 mit einem Aufgeld von 2 Prozent
bei der Kasse der Gesellschaft in Halle (S.) oder
bei dem Bankhaus Reinhold Steckner in Halle (S.) oder
bei der Dresdner Bank, Berlin, oder
bei dem Bankhaus Baß & Herz, Frankfurt a. M.
und es hört von diesem Zeitpunkt ab ihre Verzinsung auf. Der Wert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrage in Abzug gebracht.
Rückstände aus früheren Auslosungen:
Ausgabe vom Jahre 1909
Nr. 683 zum 1. April 1918,
Nr. 682 zum 1. April 1919.
Halle (S.), d. 11. Nov. 1919.
Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft.
Dr. W. Scholtz-Hauer. H. Kroschewsky.

H. Schnee Nachf., Gr. Steinstraße 84
Erstes Spezialgeschäft f. gute
Strumpfwaren u. Trikotagen.

Der Verband für die Züchtung des Simmentaler Rindes, Erfurt,
Schmidtstedterstraße 57/58, hat infolge der eingetretenen Bahnsperre seine
Zuchtbullen- und Ochsenauktion
auf Donnerstag, den 27. November d. Js., 11 Uhr vorm. im Städt. Viehhof, Erfurt, verschoben.

Gesundung durch Sauerstoff!
Das natürliche giftfreie Heilverfahren ohne Berufsstörung bei
Nerven- u. Stoffwechselleiden
Nervenschwäche, Magen-, Darm-, Leberleiden. Gicht, Rheuma, Stuhlträgheit, Hautleiden usw.
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Druckschrift.
Dr. Gebhard & Cie., Berlin 35, Potsdamer Str. 104/105.

Parkett
liefert, repariert, — reinigt, bohnert —
Hönemann
Bauhof 1. Tel. 3631.
Verkauf von echtem Bohnerwachs zu regulären Preisen.

Zigarren!
Wegen Aufgabe meiner Restauration verkaufe ich mein
Restlager in Zigarren
aus reinen, überseeischen Tabaken.
Robert Kunze,
Oberwiederstedt bei Hettstedt.

Pianinos
Stimmungen Reparaturen
Albert Hoffmann
am Riebeckplatz.

Unreines Blut.
Zur Blutreinigung und Ausscheidg. all. Schärfe a. d. Säften gibt es nichts besseres als
Rathsfeldsches Pulver.
Schachtel M. 3.—. Vers.: Grüne Apotheke, Erfurt 42.

Miet-Gesuche

Gutsituiertes, kinderloses Ehepaar sucht möglichst sofort gut möblierte
2—3 Zimmer-Wohnung
mit Küche. Angebote u. Ruf. Niemeyerstr. 6 II.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911132-16/fragment/page=0006
DFG